Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 245. Mittwoch den 4. September 1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, 1. September. Die Departemental-Räthe von Calvados, Corsica, Dordogne, Eure und Lot haben sich für Verfassungs-Revision erklärt.

Das Ministerium sendet an den Staatskanzler Nesselrode, Depeschen, die den preußisch-österreichischen Konflikt betreffen.

(Passage de l'Opéra.) 5% 96, 62½.

Hamburg, 2. September. Köln-Minden 97½. Börse matt.

Frankfurt a. M., 2. September. Heute ist der engere Rath eröffnet worden.

Nordbahn 43¼. Wien 101¾.

Turin, 30. August. Gerüchte über ein bevorstehendes Preßgesetz mit vielen Restriktionen sind im Umlaufe. Die heutige Armonia (ein klerikales Blatt) bringt eine Korrespondenz aus Rom vom 23. Aug., wonach eine Konferenz zwischen mehreren diplomatischen Notabilitäten und dem Kardinal Antonelli bezüglich Piemonts gehalten worden sei. Außerdem spreche man von Antonelli's Rücktritt als bevorstehend. Pinelli hat mit diesem Kardinalminister bereits konferirt.

Die Gerüchte über einen englisch-piemontesischen Handelstraktat, wodurch England außerordentliche Vortheile erlangen würde, wurden vor der Hand als grundlos bezeichnet.

Lucca, 29. August. Der sogenannten Gesellschaft **pragmalogia cattolica** soll von der Polizei untersagt worden sein eine zu Gunsten des Erzbischofs Franzoni bereits begonnene Sammlung fortzusetzen.

Uebersicht.

Breslau, 3. September. Durch ein nicht-preußisches Blatt, die „Hamburger Nachrichten", erhalten wir den Wortlaut der preußischen Denkschrift, welche den Rechtspunkt der Einberufung des „engeren Rathes" beleuchtet. Die Sprache in dieser Denkschrift ist eine ebenso überzeugende als entschiedene. Preußen lebt noch!

Das dänische Kabinet hat eine Beschwerde wegen der Unterstützungen Schleswig-Holsteins und wegen Verzögerung der Ratifikation des dänischen Friedens an unser Kabinet gelangen lassen. Hoffentlich wird die Antwort eben so energisch sein.

Nachrichten aus Hirschberg melden: daß Se. Majestät der König am 10. oder 15. d. Mts. in Erdmannsdorf eintreffen werden.

Am 2. September ist der sogenannte „engere Rath" in Frankfurt a. M. eröffnet worden. Es müssen sich also doch die wohlbekannten 9 Stimmen aus dem früheren „Plenum" eingefunden haben, sonst wäre, wie dortige Blätter melden, der österreichische „Rath" nicht eröffnet worden. Ferner sollte bei Eröffnung die feierliche Frage ausgesprochen werden: „Ist denn kein Preußen da?" und wenn keine Antwort erfolgte, die Sitzung geschlossen werden. — Nun, eine Antwort ist auf jene Frage sicherlich nicht erfolgt; ob aber die Sitzung sofort geschlossen worden ist, müssen erst die spezielleren Berichte lehren.

Ein baierisches Observations-Korps wird bei Aschaffenburg aufgestellt. Dasselbe ist vorläufig 4 Bataillone Infanterie, 4 Eskadronen Chevauxlegers und 1 Batterie stark. Die Ordres sind bereits gegeben und die betreffenden Truppentheile schon auf dem Marsch begriffen. Das Korps wird auf Requisition des Bundes, d. h. Oesterreichs, aufgestellt, und soll zugleich für etwaige Vorfälle bei Mainz und Frankfurt, sowie für etwaige Unruhen in Hessen-Kassel bereit sein.

Der Kurfürst von Kassel hat am 30. der Kammer anzeigen lassen, daß er die Deputation, welche ihm die bekannte Adresse (s. gestrige und vorgestr. Ztg.) überreichen soll, **nicht** empfangen könne. Die Kammer hielt hierauf eine geheime Sitzung. Am 30. kam in der Kammer auch die Entschädigungsforderung der Statthalterschaft von Schleswig-Holstein zur Sprache. Der Landtags-Kommissar erklärte: daß die Regierung beim besten Willen nicht zahlen könne, da kein Geld in den Kassen sei. Die Sache wurde hierauf einem Ausschusse zur Berichterstattung überwiesen. — Am 31. wurde die Regierungs-Vorlage wegen Forterhebung der Steuern diskutirt.

Am 30sten traf der Prinz von Preußen in Baden (Großherzogthum Baden) ein, und am selben Tage reiste der König von Würtemberg von da ab.

Graf Chambord gab am 30. zu Wiesbaden seinen „Freunden" die Abschieds-Audienz. Dieselbe war sehr rührend.

In der gestrigen Kammer-Sitzung zu Dresden gab der sächsische Finanzminister die Versicherung, daß man überall das größte Vertrauen zu dem Finanz-Zustande des Königreichs habe, und daß man sich beeifere, der Regierung Geld anzubieten. Wer kann das Gegentheil beweisen? — Die Garnison von Dresden ist um die Hälfte verringert worden. Wozu steht denn das österr. Observations-Corps an der böhmischen Grenze?

In Schleswig-Holstein giebt es nun täglich Vorpostengefechte, welches den Dänen gar nicht gefallen will. Am 31sten wollten sich die letzteren für diese Neckereien rächen, und unternahmen eine Rekognoscirung im Großen. Allein sie wurden zurückgetrieben bis an die Stadt Eckernförde. Die Folge von dem Allem ist, daß sich die dänische Armee bis unmittelbar hinter ihre Verschanzungen zurückgezogen hat, und ihre Vorposten nur bis kurz vor das verschanzte Lager vorzuschieben wagt. — Die Zollgränze zwischen Dänemark und Schleswig ist durch ein dänisches Gesetz aufgehoben und somit Schleswig vollständig Dänemark einverleibt worden.

Das französische Ministerium hat Depeschen an den russischen Staatskanzler Nesselrode in Betreff der österreichisch-preußischen Differenzen geschickt. (Man denke an die eben erst beendete Konferenz zu Ischl.) — Mehrere Departemental-Räthe haben sich für Revision der Verfassung der Republik Frankreich ausgesprochen. Die meisten Journale erklären sich auch dafür, nur im verschiedenen Sinne. — Lamoricière soll als Kandidat für die Präsidentschaft auftreten.

Gestern soll von Wien die Rückantwort auf die Ablehnung Preußens, die Beschickung des Bundestages betreffend, nach Berlin abgegangen sein. Oesterreich bleibt beharrlich bei Konstituirung des Bundestages stehen, und weist den preußischen Vorschlag zu einer freien Vereinigung der Regierungen zurück. Die Eröffnung des engeren Rathes zu Frankfurt scheint diese Meldung durchaus zu bestätigen.

Preußen.

Berlin, 2. September. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, den Rechtsanwalt und Notar Geras in Lübben zum Justizrath zu ernennen.

Ihre Durchlauchten die Prinzessinnen Agnes und Marianne v. Anhalt-Deßau sind nach Deßau abgereist.

Angekommen: Se. Excellenz der großherzogl. mecklenburg-strelitzer Staatsminister v. Bernstorff, von Neu-Strelitz. — Abgereist: Der geheime Staatsminister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherr v. Schleinitz, nach Aachen. — Der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königl. schwedischen und norwegischen Hofe, Kammerherr v. Brassier de St. Simon, nach Gräfenberg.

Denkschrift
über die
beabsichtigte Wiederherstellung des Bundestags
und
die Behauptung seiner rechtlichen Existenz.

Dieses Aktenstück, dessen Schluß wir in Nr. 243 d. Z. mitgetheilt, lautet nach den „Hamb. Nachr." wie folgt:

„Die Zwecke, welche das kaiserl. österreichische Kabinet mit der unter dem 26. April d. J. erfolgten Berufung einer sogenannten außerordentlichen Plenar-Bundesversammlungen verbunden hat, sind nicht erreicht worden, und konnten nicht erreicht werden. Das kaiserl. Kabinet war auf den Vorschlag einer freien Berathung in formloser Konferenz nicht eingegangen, hatte Anstand genommen, zur Wieder-Einsetzung der Bundesversammlung einzuladen, und hatte zu einer außerordentlichen Plenar-Bundesversammlung mit der Behauptung berufen, daß diesem Rufe zu folgen Pflicht sei. Das Recht der Berufung und die Pflicht des Erscheinens konnten nicht anerkannt werden. In der mit der Zustimmung aller deutschen Regierungen erloschenen Bundesversammlung hatte der österreichische Gesandte den Vorsitz, außerhalb derselben das österreichische Kabinet kein Vorrecht. Es konnte, gleich jeder anderen deutschen Regierung, den Vorschlag machen, die Bundes-Versammlung wieder einzusetzen, es hatte kein Recht, mit der Berufung zu dieser, die Pflicht, ihr zu folgen, aufzuerlegen. Wozu aber Oesterreich berief, war überdies nicht die Bundesversammlung, sondern eine sogenannte außerordentliche Plenarversammlung, welche das Bundesrecht nicht kennt. Nach diesem bildet sich eine Plenar-Versammlung nicht zur Berathung, nur zur Abstimmung über einen Gegenstand, den der engere Rath erörtert hat. Ein solcher muß einer Plenarversammlung vorausgehen. Die preußische Regierung konnte ihre zu freier Berathung angewiesenen Bevollmächtigten in die im Widerspruch mit dem Rechte berufene, von den Grundgesetzen des Bundesrechts losgelöste und dennoch den Zwang desselben in Anspruch nehmende Versammlung nicht eintreten lassen. Gleiches wurde von einer beträchtlichen Zahl anderer deutschen Regierungen erkannt. So wurde denn die sogenannte Plenarversammlung nur von einigen deutschen Regierungen beschickt, welche in die Mitte ihrer Bevollmächtigten den Gesandten einer Macht aufnahmen, mit der gerade sie den Frieden auch heute noch nicht ratificirt haben.

Die Berathungen der Versammlung haben damit geendet, daß eine Kommission vorschlug, die illegale Plenarversammlung durch Umwandlung in einen engeren Rath zu einem legalen Organ werden zu lassen, daß dieser Vorschlag nicht angenommen wurde, wohl weil man erkannte, ein an sich illegales Bundes-Organ könne durch keine aus ihm selbst hervorgehende Verwandlung legal werden, und daß ein anderer Weg betreten wurde: der, dem Antrage des kaiserl. österreichischen Kabinets auf Wiederherstellung der Bundesversammlung selbst sich anzuschließen, und jenes Kabinet um Vornahme der Einberufung zu ersuchen.

Der Plan, die deutschen Regierungen in eine sogenannte außerordentliche Plenarversammlung zu nöthigen und in dieser die Verfassungsfrage berathen zu lassen, ist sonach aufgegeben worden. Das kaiserl. Kabinet ist nach seinem, von den ihm nahe stehenden Regierungen gebilligten Antrage vorgegangen. Es hat von den Rücksichten abgesehen, welche es bis daher zurück gehalten hatten, geradehin und ohne den Schein eines neuen Weges, die am 12. Juli 1848 aufgelöste Bundesversammlung wieder zu berufen, und der königl. Regierung in einer unter dem 16. d. M. eingegangenen Note eine an sämmtliche Mitglieder des Bundes gerichtete Einladung mitgetheilt, „sich an der auf den 1. September d. J. anberaumten Wiedereröffnung der Bundesversammlung zu betheiligen." Dieser Note ist Abschrift einer Depesche des kaiserlichen Ministerpräsidenten an den kaiserl. königlichen Gesandten in Berlin vom 14. d. M., die frühere Cirkulardepesche vom 19. Juli, und ein Abdruck der Protokolle beigefügt, welche über die Berathungen der sogenannten Plenarversammlung vom 7. und 8. d. M. aufgenommen worden sind. Wegen der Begründung des von dem kaiserl. königl. österreichischen Kabinette eingeschlagenen Wegs wird in der Note vom 16. d. M. auf die eben bezeichneten Anlagen Bezug genommen.

In diesen Anlagen wird die Behauptung aufgestellt,

daß die Bundesversammlung rechtlich zu bestehen niemals aufgehört habe;

hieraus wird gefolgert, daß der kaiserliche Hof berechtigt sei, sie zu berufen, und es würde davon nicht zu trennen sein, daß es Bundespflicht sei, diesem Rufe zu folgen.

Es wird daher nachzuweisen sein, daß die Bundesversammlung nicht blos thatsächlich, sondern auch rechtlich zu bestehen aufgehört hat, und daß keine Pflicht obwaltet, der Berufung zu einer Bundesversammlung zu folgen.

Es muß erinnert werden an dasjenige, was erst vor zwei Jahren geschehen. In ihren Beschlüssen vom 10. und 30. März 1848 hatte die Bundesversammlung die Revision der Bundesverfassung auf wahrhaft nationaler und zeitgemäßer Grundlage für unerläßlich erklärt, und den Zusammentritt der deutschen Nationalversammlung veranlaßt. Diese beschloß am 28. Juni desselben Jahres ein Gesetz, durch welches bis zur definitiven Begründung einer Regierungsgewalt für Deutschland eine provisorische Centralgewalt für alle allgemeine Angelegenheiten der deutschen Nation bestellt, die Centralgewalt einem Reichsverweser übertragen werden sollte, und dieser sie durch verantwortliche Minister auszuüben hätte. Die beschlossene Verfassungsform war unzweifelhaft die eines konstitutionell-monarchischen Bundesstaats; ein solcher sollte an die Stelle des völkerrechtlichen Staatenbundes treten. Provisorisch sollte diese Umwandlung nicht in dem Sinne sein, daß nach Ablauf einer Zeit in den Staatenbund mit der Bundesversammlung zurückzukehren sei, sondern sie sollte dauern bis zur definitiven Feststellung eines mit dem Provisorium auf gleicher Basis stehenden Verhältnisses. Diese Absicht ist unzweifelhaft. In dem Bundesstaate war für die Bundesversammlung eine staatsrechtliche Stellung nicht zu finden. Schon ihre Nichterwähnung würde das Aufhören ihres Bestehens zur Folge gehabt haben. Der dreizehnte Artikel jenes Gesetzes lautet aber ausdrücklich: „Mit dem Eintritt der Wirksamkeit der provisorischen Centralgewalt hört das Bestehen des Bundestages auf." Es ist der Einwand erhoben worden, daß, obschon jene Beschlüsse die deutsche Verfassung unmittelbar betrafen, die Nationalversammlung sie zu fassen nicht kompetent gewesen sei. Die Untersuchung über diese Frage kann vollkommen auf sich beruhen, denn wie es sich damit auch verhalten möge, jene Beschlüsse haben durch die deutschen Regierungen und ihr Verhalten ihnen gegenüber volle rechtliche Kraft erlangt. Die kaiserlich österreichische Regierung gestattete Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann die Uebernahme der nur durch jene Beschlüsse geschaffenen Reichsverweserwürde, und erkannte Ihn mit allen übrigen deutschen Regierungen in dieser an. Am 12. Juli 1848 begab sich Se. kaiserliche Hoheit der Erzherzog Johann in die Nationalversammlung; in dieser wurde ihm das Gesetz vom 28. Juni, mit seiner Satzung über das Aufhören des Bestehens der Bundesversammlung, vorgelesen, und Er gab auf die feierliche Aufforderung des Vorsitzenden die Erklärung ab,

„daß Er, indem er das Amt antrete, dies Gesetz halten und halten lassen wolle."

Hätte die Bundesversammlung ihren Rücktritt in anderem Sinne und nicht in dem eines Aufhörens ihres Bestehend für alle Zeit aufgefaßt, so wäre es ihre und der Regierungen Pflicht gewesen, dies nach solchem Vorgange klar auszusprechen und durch Vorbehalte zu sichern. Von einem solchen ist keine Spur.

Am 29. Juni hatte die Bundesversammlung auf Antrag des kaiserlich österreichischen Gesandten Se. kaiserliche Hoheit den Erzherzog Johann als den beglückwünscht, welchen die Nationalversammlung so eben in würdigem feierlichen „Akte" gewählt habe. In ihrer Sitzung vom 5. Juli 1848 hatte sie eine amtliche Mittheilung einer Abschrift jenes Gesetzes vom 28. Juni, ohne irgend eine Aeußerung, zur Nachricht genommen.

Am 12. Juli trug der kais. österreichische Bundestagsgesandte darauf an, Se. kaiserliche Hoheit den Erzherzog einzuladen, nach Beendigung der Feierlichkeit in der Nationalversammlung, in der Bundesversammlung zu erscheinen, um, wie es wörtlich heißt, „die Ausübung der verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen, welche der Bundesversammlung zugestanden haben, und nunmehr Namens der deutschen Regierungen auf die provisorische Centralgewalt zu übertragen, beziehungsweise in die Hände Sr. kaiserlichen Hoheit als Verweser des deutschen Reiches zu legen sein werden, entgegenzunehmen." Dabei wurde der bereitwilligen Unterstützung der Regierungen ausdrücklich gedacht. Dieser Antrag wurde einstimmig zum Beschluß erhoben. In derselben Stunde, in welcher Seine kaiserliche Hoheit der Erzherzog öffentlich und feierlich gelobt hatte, daß er das Gesetz halten und halten lassen wolle, welches verkündet, daß das Bestehen der Bundesversammlung aufhöre, führte eine Deputation der letztern Se. kaiserliche Hoheit in diese ein. Der kaiserlich königliche österreichische Bundestagsgesandte war es, welcher Se. kaiserliche Hoheit anredete: „Die Nationalversammlung habe Sr. kaiserlichen Hoheit, dem von ihr erwählten Reichsverweser, eben ihre Huldigung dargebracht." „Eure kaiserliche Hoheit", hieß es in der Rede weiter, „treten an die Spitze der provisorischen Centralgewalt, geschaffen nach dem Wunsche des deutschen Volkes, um für die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des **deutschen Bundesstaates** zu sorgen, seine bewaffnete Macht zu leiten und seine völkerrechtliche Vertretung auszuüben. Nach der Verfassung Deutschlands **war** die Bundesversammlung berufen und verpflichtet, die Sicherheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu wahren, den Bund in seiner Gesammtheit vorzustellen, und das beständige Organ seines Willens und Handelns zu sein. Sie **war** berechtigt, für die Aufrechthaltung friedlicher und freundschaftlicher Verhältnisse mit den auswärtigen Staaten Sorge zu tragen, Gesandte von fremden Mächten anzunehmen, und im Namen des Bundes solche an sie abzuordnen, Unterhandlungen für den Bund zu führen und Verträge für denselben abzuschließen. Der Bundesversammlung war es übertragen, die auf das Militärwesen des Bundes Bezug habenden militärischen Einrichtungen und die zur Sicherstellung seines Gebietes erforderlichen Vertheidigungs-Anstalten zu beschließen und zu überwachen, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Die Bundesversammlung überträgt Namens der deutschen Regierungen die Ausübung dieser ihrer verfassungsmäßigen Befugnisse und Verpflichtungen an die provisorische Centralgewalt; sie legt sie .... in die Hände Eurer kaiserl. Hoheit als des deutschen Reichsverwesers .... Die deutschen Regierungen, die nur das wohlverstandene Interesse des Volkes kennen und beachten, sie bieten freudig die Mitwirkung zu allen Verfügungen der Centralgewalt, die Deutschlands Macht nach Außen und im Innern begründen und befestigen sollen. **Mit diesen Erklärungen sieht die Bundesversammlung ihre bisherige Thätigkeit als beendet an.**"

Nachdem demselben Fürsten, welcher unmittelbar vorher öffentlich vor der Nation gelobt hatte, daß er darauf halten und halten lassen wolle, daß das Bestehen der Bundesversammlung aufhöre, von dieser erklärt worden, daß sie ihm die Befugnisse, welche ihr übertragen gewesen wären, Namens der Regierungen übertrage, und sie ihre Thätigkeit als beendet ansehe, ist von keiner deutschen Regierung ein Akt ausgegangen, welcher auch nur entfernt angedeutet hätte, daß sie mit den Beschlüssen vom 28. Juni und 12. Juli nicht einverstanden sei, und daß die Bundesversammlung in irgend einer Beziehung eine rechtliche Existenz behalten oder später wieder aufnehmen solle. Im Gegentheil, das gänzliche Aufhören der Bundesversammlung bestätigende Akte sind von allen deutschen Regierungen vorgenommen. Alle haben ihre Bundestagsgesandten sofort abberufen, und die Mehrzahl hat Bevollmächtigte bei der provisorischen Centralgewalt beglaubigt.

Nach diesem, durch den Lauf der Ereignisse verdunkelten geschichtlichen Hergange kann es einem haltbaren Zweifel nicht unterliegen, daß durch den Bundesbeschluß vom 12. Juli 1848, in Verbindung mit allem, was ihm vorangegangen und gefolgt ist, das gänzliche Aufhören des Bestehens des Bundetages beabsichtigt, und unter Einverständniß aller deutschen Regierungen herbeigeführt ist.

Der Beschluß der Nationalversammlung vom 28. Juni, nach welchem mit dem Eintritt der Centralgewalt **das Bestehen des Bundestages** aufhören solle, war allen deutschen Regierungen bekannt, und nun erklärte, nachdem das neue gesetzliche Organ des Bundes, der Reichsverweser, feierlich gelobt hatte, daß er dies halten und halten lassen wolle, die Bundesversammlung, Namens der Regierungen, ohne alle Reservation, daß sie die Ausübung ihrer Funktionen Ihm übertrage und ihre bisherige Thätigkeit als beendet ansehe. Hierin liegt formell und materiell unangreifbar der Akt definitiver Auflösung und Aufhebung des bisherigen Bundes-Organs.

Ein staatsrechtliches Bedenken steht dem nicht entgegen. Von keiner Seite ist behauptet worden und wird behauptet werden können, daß die Bundesversammlung durch den Beschluß vom 12. Juli die empfangenen Instruktionen der Regierungen überschritten habe. Die Wiener Schlußakte erklärt im Art. VII. die Bundesversammlung für das beständige, verfassungsmäßige Organ des Willens und Handelns des Bundes. Wie diese Bestimmung aber nur durch den einstimmigen Willen aller deutschen Regierungen eine gültige Kraft erhalten, so verliert sie sie auch durch den einstimmigen Willen aller Regierungen, und hat sie auf diesem Wege verloren. Sollte aber behauptet werden, die Regierungen hätten zur Institution der Bundesversammlung die Macht gehabt, nicht zur Abolition, weil aus der ersteren die Nation auf das Fortbestehen der Bundesversammlung ein Recht erworben, so würde im vorliegenden Falle die Frage sich erledigen, da die Nation durch das Organ, welches auch von dem kaiserlich königlichen österreichischen Bundestags-Gesandten (in der Sitzung vom 29. Juni) das gesetzliche genannt worden, ihre vollkommenste Zustimmung zu dem Aufhören des Bestehens des Bundestags ertheilt hat.

Zwei Jahre hindurch ist von keiner Seite der leiseste Zweifel dagegen angeregt worden, daß die Bundesversammlung im Juli 1848 rechtlich und faktisch zu bestehen aufgehört habe. Mehrere Regierungen haben das Gesetz vom 28. Juni 1848 besonders publizirt, unter andern die königl. sächs. mittelst Patents vom 17. November 1848 (G. S. und Verordn.-Blatt Nr. 31, de 1848). Der k. k. öster. Minister-Präsident bezeichnete daher auch bei den Verhandlungen über die Einführung des Interim, namentlich in einem Erlaß an den k. k. Gesandten in Berlin vom 30. September v. J., die Bundesversammlung wiederholt als die ehemalige, welcher Ausdruck nicht ein provisorisches Aufhören, gleichsam eine Vertagung, sondern eine definitive Auflösung voraussetzt.

Als das Amt des Reichsverwesers seinem Ende sich nahte, und er demnächst dasselbe niederlegte, ist von keiner Regierung, ohne Ausnahme, weder von den Regierungen, welche jetzt in dem Frankfurter Plenum die Bundesversammlung als rechtlich nie erloschen betrachten, noch von denen, welche sich von dem sogenannten Plenum fern gehalten haben, darauf hingedeutet worden, daß das Institut der Bundesversammlung rechtlich noch bestehe, und das erledigte Amt zu übernehmen habe, oder daß sie auch nur wiederherzustellen sei. Alles erkannte, daß nur der einstimmige gemeinsame Wille ein neues Bundesorgan schaffen könne, und vereinigte sich über ein solches. (Schluß folgt.)

[Vermischte Nachrichten.] Der geh. Revisionsrath v. Daniels, der sein Mandat als Abgeordneter zur 1. Kammer niedergelegt hat, ist von dem Justizminister mit der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Einführung der Civilstandsregister beauftragt. Es scheint somit, daß das Ministerium mit Vorlagen für die Kammern beschäftigt ist, durch welche die immer wünschenswerthere Einführung der Civilehe durch die Gesetzgebung, nachdem sie in der Verfassung gewährt ist, herbeigerufen würde. — Der Flügeladjutant Sr. Maj. des Königs von Sachsen, Major v. Witzleben, ist hier eingetroffen. — Heut haben hier die Wahlen für den Gemeinderath begonnen, die Theilnahme an den Wahlversammlungen, wie die Theilnahme, die man außerhalb dem Wahlakt schenkt, ist nur sehr mäßig. — Es wird sehr bestimmt dem Gerücht widersprochen, als habe die Statthalterschaft der Herzogthümer von Neuem mit der Krone Dänemark Verhandlungen angeknüpft. — Die Erfurter Parlamentskasse besteht noch immer und hat in diesen Tagen Zahlungen geleistet. — Der durch seine Wirksamkeit an der Wiener Universität rühmlichst bekannte Professor Dr. Oppolzer hält sich gegenwärtig hier auf. Die Sitzung der Gesellschaft für wissenschaftliche Medizin, die er wahrscheinlich besuchen wird, findet hier im Hotel de Brandenburg statt. — Aus Stettin wird gemeldet, daß in den letzten Tagen einige Cholerafälle dort vorgekommen sind. (C. B.)

Am 30. v. M. kamen hier 752 Personen an und reisten 557 ab. Angekommen der kaiserlich russische Kabinets-Kurier Marsch von London. Am 1. d. M. kamen 682 an und reisten 728 ab. Abgereist der k. großbritanische Kabinets-Kurier Poignaud nach Wien. — Zu den bis zum 30. Mittags, als an der Cholera erkrankt Gemeldeten 510 kamen bis zum 31. Mittags hinzu 26; Summa 536. Davon sind genesen

104, gestorben 269, in Behandlung geblieben 163. Unter den 26 neu Gemeldeten sind 5 Todesfälle. Bis zum 1. d. M. wurden ferner als erkrankt gemeldet 36; Summa aller Meldungen 572. Davon sind genesen 122, gestorben 289, in Behandlung geblieben 161. Unter den zuletzt gemeldeten 36 sind 12 Todesfälle. (C. C.)

[Außercourssetzung von Papiergeld.] Nachdem von sämmtlichen Unionsregierungen der Beschluß des provisorischen Fürstenkollegiums wegen der bei Außercourssetzung von Papiergeld einzuhaltenden Fristen, in Kraft gesetzt worden ist, wird derselbe auch in der preußischen Gesetzsammlung demnächst veröffentlicht werden. (C. C.)

[Baron Pechlin], aus Kopenhagen zurückgekehrt, soll, wie der Ztg. f. Nordd. von hier geschrieben wird, eben so wohl Beschwerde geführt haben über die Unterstützungen an Geld und Mannschaft, welche ungehindert aus Preußen nach Kiel gehen, wie über die Stockung, in welche die Ratifikation des Berliner Friedens bei den übrigen deutschen Staaten gerathen ist. Die Antwort wird jedenfalls nicht so ausfallen, wie man in Kopenhagen sie wünscht. In die Privatwohlthätigkeit kann man nicht eingreifen, ohne die bitterste Mißstimmung, die groß genug ist, zu vermehren; was aber den Frieden anbelangt, so kann Preußen um so weniger irgend eine weitere Mitwirkung zusagen, nachdem derselbe zur Bundestagssache geworden, in der Berliner Note vom 25. aber aufs Entschiedenste erklärt worden ist, daß Preußen nimmermehr am restaurirten Bundestage Theil nehmen werde.

Der Kreis Pleschen, welcher drei Deputirte zu wählen hat, hat bis jetzt nur zwei gewählt. Nachdem die beiden Grafen Mycielski die ihr zu Theil gefallene Wahl abgelehnt, wurden vor einigen Tagen die Wahlmänner zusammenberufen; nur einer derselben stellte sich ein. Für die ersten Tage dieses Monats ist ein neuer Wahltermin festgestellt. (C. C.)

Deutschland.

Frankfurt a. M., 30. August. [Der engere Rath.] Das Frankfurter Journal schreibt: Es verlautet noch nichts Näheres über die Feierlichkeiten, mit denen am nächsten Sonntag um 10 Uhr Morgens der Bundestag seine, zwei Jahre und sieben Wochen lang unterbrochene Thätigkeit wieder eröffnen wird. Sollte sich an diesem Tage der engere Rath noch vollzählig einfinden, so wird man sich wieder vertagen*). Man hat sich im Voraus dahin verständigt, daß der k. k. österreichische Ministerial-Concipist [illegible] dem Vortrage des Präsidial-Gesandten sich erheben und rufen soll: „Ist denn kein Preußen da?" Falls keine Antwort erfolgt, soll das Präsidium die Sitzung für geschlossen erklären.

Dasselbe Blatt berichtet: Wie man vernimmt, hat der Senat der freien Stadt mit den drei Hansestädten wegen Beschickung des Bundestags durch einen gemeinschaftlichen Gesandten Unterhandlungen angeknüpft.

München, 30. August. [Ein baiersches Observationskorps.] Einer allerhöchsten Bestimmung aus dem Staats-Ministerium des Kriegs vom gestrigen zufolge haben vier Bataillone Infanterie, vier Schwadronen Chevauxlegers, eine halbe Batterie Fuß- und eine halbe Batterie reitender Artillerie sofort Marschbefehl nach Aschaffenburg erhalten und sollen in dessen Nähe sich koncentriren. Das Kommando darüber erhielt General-Major Graf Guiot du Ponteil; im [illegible] aus dem hiesigen General-Quartiermeisterstabe der Hauptmann Max Graf v. Bodmer beigegeben worden. Es wird, wie man hört, diese Aufstellung auf Requisition des Bundes und in Folge der Lage der Dinge in Kurhessen. Dieses Armeekorps führt den Titel: „Baiersches Beobachtungskorps am Main" und das 7. und 15. Infanterie-Regiment geben je zwei Bataillone sowie das 3. und 5. Artillerie-Regiment je eine halbe Batterie dazu ab. Weitere Truppenabtheilungen des 2. Armeekorps haben zu gleichem Zwecke bereits Marschbereitschaft erhalten. Die beurlaubte Mannschaft der jüngsten vier Altersklassen des 1. Armeekorps haben bis zum 9. September zum Herbstexerciren einzurücken, für welche Zeit wieder aus Mangel an Raum in den hiesigen Kasernen, ein Lager in der Nähe auf dem sogenannten Oberwiesenfelde bezogen werden wird. (Allg. Z.)

Bamberg, 30. August. [Militärisches.] Zufolge heute Morgens eingetroffener telegraphischer Ordre ein, daß 2 Eskadronen Chevauxlegers von hier und zwei weitere von Neustadt a. A., so wie mehrere Kompagnien des hier garnisonirenden Infanterie-Bataillons sich marschfertig halten sollten. Dieselben werden morgen abmarschiren und zwar — nach Schleswig-Holstein? Nein, nach Aschaffenburg und Umgegend. Ueber den Zweck dieser Mission kursiren verschiedene Gerüchte. Einmal soll es wegen der Kurhessischen Sache geschehen, wo man Preußen fürchte, dann sollen diese und andere Truppen als Observationskorps wegen der preußischen Truppenanhäufung am Main aufgestellt werden. (N. C.)

Karlsruhe, 31. August. Die Karlsruher Ztg. enthält die Denkschrift der großherzoglich badischen Regierung in Beantwortung der kaiserl. österreichischen Cirkular-Depesche vom 21. Juli, betreffend die zeitweise Verlegung eines Theiles der neu aufgestellten großherzoglich badischen Truppen in preußische Garnisonen.

Baden, 30. August. [Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen] ist heute hier eingetroffen; dagegen hat sich Se. Majestät der König von Württemberg heute, nach längerem Gebrauch der Badekur, wieder nach Stuttgart begeben. Der Kronprinz von Württemberg ist mit seiner Gemahlin hier angekommen. (O. P. A. Z.)

Kassel, 30. August. [Kammer-Verhandlungen.] In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung kam die Schleswig-Holsteinsche Angelegenheit zur Verhandlung. Der Ausschuß erklärte sich mit den vorliegenden Anträgen, welche hauptsächlich dahin gingen, daß die Regierung ihren Antheil an den Verpflegungs-Geldern bezahlen solle, einverstanden. Im Laufe der Debatte erklärte der Landtags-Kommissar: Er glaubt versichern zu können, daß die Regierung die Verpflichtung zur Entrichtung der Verpflegungsgelder an die Statthalterschaft der Herzogthümer anerkenne; [illegible] genüge zu deren Entrichtung der gute Wille nicht; man müsse auch die Mittel dazu haben, und es sei [illegible] die Schuld entstanden, [illegible] auf ginge, [illegible] schon so [illegible] Abgeordn. Oetker beantragt die [illegible] gegen [illegible] derselbe die [illegible] wenn nicht [illegible] der Fahrlässigkeit und Böswilligkeit [illegible] welcher letztere Ausdruck [illegible] Ordnungs-[illegible] einstimmig ihre Sympathie für die Herzogthümer zu erkennen und verweist mit Stimmenmehrheit den Antrag an den Ausschuß zur schleunigen Berichterstattung. Zunächst wird über den Bericht des bleibenden landständischen Ausschusses [illegible] durch die [illegible] Zuständigkeit [illegible] schließt je-[illegible] Beschlusse der [illegible] Am Schlusse der Sitzung [illegible] der Kurfürst die Deputation zur Ueberreichung der Adresse nicht empfangen könne. Hierauf wird zu einer vertraulichen Sitzung geschritten.

31. August. Heute wurde über die Gesetzesvorlage, die Forterhebung der Steuern betreffend, verhandelt. Die Mehrheit des Ausschusses trug auf Gestattung der Forterhebnng der indirekten Steuern und deren Deposition an, wollte dagegen auf eine gleiche Maßregel in Betreff der direkten Abgaben nicht eingehen. Die Minderheit (rechte Seite) setzt ausführlich auseinander, daß die verlangte Steuerbewilligung gar nicht statt finden könne, weil es dazu an aller verfassungsmäßigen Voraussetzung, insbesondere an der Vorlage eines Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben und an der Nachweisung des ermittelten Staatsbedarfes fehle. Dagegen wird anerkannt, daß die entsprechenden Steuerbeträge, sowohl die direkten als indirekten, sowohl für Juli und August als für den Monat September, zweckmäßig zur Erhebung zu bringen und sicher zu stellen seien, um demnächst, nach der Genehmigung des Budgets und Finanzgesetzes, in die bewilligten Steuern eingerechnet zu werden. — Nachdem sofortige Diskussion des Berichts fast einstimmig beschlossen war, wurde ein Antrag eingebracht, nach welchem ein jedes **Zusammengehen und ein jedes Unterhandeln mit diesem Ministerium zu vermeiden und deshalb auf die vorliegende Gesetzesproposition nicht einzugehen ist.** Für diesen Antrag erklärten sich nur 13 Stimmen, die Berathung des Gesetzentwurfs wird sonach aufgenommen.

Dresden, 2. September. [Erklärung des Finanz-Ministers. — Reduktion der Garnison. — Sammlungen für Schleswig-Holstein.] Die heutige Sitzung der ersten Kammer, in welcher das Dekret wegen Erhöhung der Schlachtsteuer angenommen wurde, erhielt besondere Bedeutung durch eine Erklärung des Finanzministers Behr, welche die Kundgebungen des exaltirtesten Beifalls von Seiten der Herren Stände hervorrief. Ehe die Kammer nämlich zur Tagesordnung überging, erhob sich der Vorstand des Finanzministeriums, um nothgedrungen eine Erklärung auf zwei durch die sächsische Presse verbreitete, die Finanzverhältnisse des Landes betreffende Nachrichten abzugeben. Das heutige „Neue Dresdener Journal" erzähle nämlich der „Kölnischen Zeitung" nach, die sächsische Regierung habe bei verschiedenen Frankfurter Bankhäusern Schritte zur Negocirung einer Anleihe gethan, und von allen diesen Häusern mit ausdrücklicher Hinweisung auf die Zweifelhaftigkeit der zu bietenden verfassungsmäßigen Garantien eine ablehnende Antwort erhalten. Er versichere aber hiermit, daß seit der Vorlage des Anleihedekretes an die am 1. Juni aufgelösten Kammern die sächsische Regierung weder im Inlande noch im Auslande keinerlei Verhandlungen, weder über eine große noch über eine kleine Anleihe, eingeleitet habe; wohl aber seien der sächsischen Regierung ohne ihr Zuthun von einigen der angesehensten Häuser in den ersten Hauptstädten Deutschlands derartige Anerbietungen gemacht worden (lebhaftes Bravo aus dem Saale und von den Gallerien), auf die man sich noch nicht erklärt habe. Der Umstand, daß Finanzvorlagen in neuerer Zeit gewöhnlich in geheimen Sitzungen berathen worden seien, habe Veranlassung zu den übertriebenen Gerüchten von der schlechten Lage des sächsischen Finanzwesens gegeben; es sei kein Grund vorhanden, den Finanzzustand des Landes zu verheimlichen, und die Regierung werde gern ihre Einwilligung dazu geben, daß in Zukunft diese Gegenstände in öffentlicher Sitzung verhandelt würden. Bei diesen Worten brachen fast alle Mitglieder der Kammer in lautes Bravorufen aus. Diese Beifallsbezeugungen wiederholten sich, als der Finanzminister sich noch einmal erhob, um die Mittheilung hinzuzufügen, daß die Auswechselungskassen fortwährend Papiergeld verlangten, so groß sei der Andrang zu Einzahlung der Handdarlehne. Ihr Korrespondent ist nicht in der Lage, diese Mittheilungen des Finanzministers, welcher sich übrigens des Rufes eines redlichen und talentvollen Mannes erfreut, mit einem Kommentare zu begleiten; indeß haben sehr gewiegte Geschäftsmänner die Eröffnung des Herrn Behr mit bedeutungsvollem Achselzucken vernommen. — Gestern und heute hat die Stadt zu ihrem größten Behagen die Hälfte der bisherigen Garnison als Beurlaubte abziehen sehen; es stehen jetzt in Dresden noch 10 auf die Stärke von 300 Mann reducirte Infanterie-Bataillone, für welche die Kasernen glücklicher Weise hinlänglichen Raum bieten. — Die Sammlungen für Schleswig-Holstein nehmen in Sachsen noch immer ihren Fortgang, wenigstens in einem Maße, welches hinter den Leistungen des übrigen Deutschlands nicht gerade zurückbleibt. Das Handelshaus Brückner, Lampe und Comp. in Leipzig hat bis zum 30. August 6971 Thlr. 8 Sgr. abgesendet; die drei Dresdener Sammlungen ergeben eine Totalsumme von etwa 4000 Thaler, und die Sammlungen in der Provinz werden auf 3000 Thaler veranschlagt, so daß bisher im Ganzen gegen 14,000 Thaler und wenigstens 25 Centner Lazarethgegenstände in Sachsen aufgebracht worden sind.

Wiesbaden, 30. August. [Graf Chambord.] Heute Nachmittags um 4 Uhr empfing der Graf v. Chambord die Abschiedsbesuche. Bevor sich der Graf zurückzog, richtetr er an der Thür, die zu seinen Appartements führte, noch einige Worte an die Versammelten mit fester, wohltönender Stimme, obwohl von innerer Bewegung und dem wiederholten Rufe: „Vive le roi!" oft unterbrochen. Diese Worte lauten fast wörtlich, wie folgt: „Mes amis! Vous tous qui avez quitté vos foyers, vos familles, recevez mes adieux! Je vous remercie des sentimens, quil vous m'avez témoigné .... Merci, merci! ... Vous connaissez les hommes qui ont ma confiance ... notre ligne est tracée, soyons sévéres là-dessus et concilians pour les hommes (Oui, oui!). Si la France, la société menacées ont besoin un jour de celui que vous appelez votre roi et qui est votre ami à tous (Vive le roi!) elles nous trouveront prêts, vous et moi. Adieu, mes amis! Adieu! ..." Alle Anwesenden waren tief ergriffen; manch ergrauter Krieger kämpfte vergebens mit seiner Rührung. (Köln. Ztg.)

*) Laut der telegraphischen Korrespondenz (s. an der Spitze der Zeitung) ist der engere Rath am 2. eröffnet worden. Red.

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Von der Avantgarde, 30. August. Unsere Avantgarde macht den Dänen schlaflose Nächte, und der Kommandeur derselben, der Oberst v. Gerhardt, scheint ein inniges Vergnügen am Hetzen und Jagen der dänischen Vorposten zu haben. Die Soldaten der Avantgarde unterstützten ihren tapfern Führer durch unverdrossene Nachtmärsche in seinem Vorhaben, und es ist ein wahrer Wettkampf unter den einzelnen Abtheilungen, welche von ihnen dem „ohlen Obersten" den ersten Dänen überbringen werde. Der Oberst versteht aber auch die Herzen seiner Soldaten zu gewinnen, denn er ist nicht nur der Erste auf dem Platze, wo es gilt, sondern er weiß auch das Vertrauen und das Ehrgefühl der Leute rege zu machen. Zum Belege übersende ich Ihnen nachstehende „Ansprache an die Soldaten meiner Avantgarde":

„Es ist mir der ausgezeichnet ehrenvolle Auftrag geworden, eine von Natur u. noch mehr durch Eure Mühe u. Kraft sehr starke Position nicht allein sehr hartnäckig zu vertheidigen, sondern auch bis auf das Aeußerste zu halten. Die Zahl unserer Streitkräfte beläuft sich jetzt auf mehr den . . . . . Mann; damit können, wollen und müssen wir die ganze dänische Armee nicht allein aufhalten, sondern selbige so schlagen, daß sie das Wiederkommen vergißt. Um jedoch diesen glänzenden Auftrag auszuführen, bedarf ich vorzugsweise Eurer angespanntesten Kraft und Eures ausdauernden Muthes; beides werdet Ihr ruhmvoll bewähren und so dem Vaterlande und dem kommandirenden General zeigen, daß wir werth sind, auf diesem Posten zu stehen.

Es lebe Schleswig-Holstein!

Euer Euch treu ergebener Kriegskamerad und Brigade-Kommandeur.

(gez.) v. Gerhardt.

Die Avantgarde hat sich mit Eifer bemüht, den Erwartungen ihres Obersten zu entsprechen, und wenn sie auch bisher noch nicht das Glück gehabt, in ihrer jetzigen Stellung den rühmlichsten Theil ihrer Aufgabe erfüllen zu können, so hat sie es doch nicht daran fehlen lassen, die dänischen Vorposten jenseits unserer Stellung wiederholt zu belästigen und munter auf den Beinen zu erhalten. Das Dorf Breckendorf spielt bei diesen Renkontres eine bedeutende Rolle, und die dortigen Bewohner könnten von der Behendigkeit der Dänen im Geschwindemarsch etwas erzählen. — Vor 8 Tagen jagte u. A. eine Abtheilung des 2. Bataillons des Morgens früh eine 40 Mann starke dänische Infanterie-Patrouille, nachdem sie den Dänen 3 Mann getödtet und 1 verwundet hatte, im Trabe zum Dorfe hinaus. — Am 28. Morgens war unter Major Albosser eine Abtheilung des 2. Bat. und des 3. Jägercorps nebst einer Eskadron des 2. Reg. auf zwei verschiedenen Wegen nach Breckendorf gegangen, um „Hannemann" (wie unsere Leute die Dänen nennen) guten Morgen zu sagen. Wir trafen im Dorfe 40 dänische Infanteristen und 1 Zug Dragoner. Bei den ersten Kugeln kniffen die Dänen aus mit einer Geschwindigkeit, wie Falstaff sie kaum entwickelt haben dürfte, als die entsetzlichen Kerle in Steifleinen ihn überfielen. Die Jäger und Infanteristen liefen den Dänen nach, was sie laufen konnten; aber umsonst war ihr Streben, Hannemann war — zu flink! Wir mußten uns begnügen, ihnen mit Trommelschlag zu folgen, und ein lautes Gelächter erscholl, als die Dänen mit Sturmeseile hinter dem Horizonte verschwanden. Wir folgten ihnen bis zum Hahnenkruge, von wo wir deutlich unser armes Schleswig erblickten. Der Dom schien uns zuzurufen: „Ihr Deutschen befreit mich vom Dänenjoch!" Wir werden ihn befreien! — Am Tage nach dieser Affaire, deren Resultat darin bestand, daß wir einen verwundeten Dänen mitbrachten, der uns wunderbare Dinge erzählte, machte eine Abtheilung des 2. Jägercorps eine Patrouille, um eine dänische Kavalleriefeldwache zu besuchen. Die Jäger trafen die Feldwache, die sie im Rücken umgangen hatten, zu Pferde sitzend — (also sie wagen nicht abzusteigen!) und gaben auf 8 Schritte Feuer. Die Dänen jagten plain chasse davon über eine Barrikade hinweg und ließen einen Verwundeten, ein todtes Pferd, 2 Helme, 1 Karabiner und 2 Pistolen im Stich. (H. N.)

Rendsburg, 31. Aug. In der letzten Zeit ist der vorgeschobene linke Flügel der Dänen fast täglich durch unsere Truppen beunruhigt worden. Ein lebhafter kleiner Krieg ist zwischen dem Schnellmarkerholz, Kropp und Friedrichstadt geführt. Unsere Parteien sind bis gegen Silk und Osterbye vorgedrungen; in ersterer Richtung namentlich wurden am 28. d. die feindlichen Vorposten durch das 2te Bataillon zurückgeworfen. In der Nacht vom 28. auf den 29. d. M. hat der Fähndrich v. Motz mit 50 Jägern eine feindliche Kavalerie-Feldwache zwischen Goltorf und Breckendorf unbemerkt umgangen. Er ging dann in ihrem Rücken bis auf nahe Entfernung an dieselbe heran und forderte sie, anschlagend, auf, abzusitzen. Nur der Umstand, daß die Feldwache zu Pferde hielt, hat dieselbe vor gänzlicher Vernichtung bewahrt, indem sie durch eine Barrikade jagte, welche sie selbst vor sich aufgerichtet; doch ist ein schwer verwundeter Dragoner vom 4ten Regiment, welcher nicht fort zu schaffen war, auf dem Platze geblieben, und mehrere zurückgelassene Helme und Waffen zeugen von der Verwirrung des Feindes. Aehnliche Vorfälle kommen öfter vor, und wenn sie auch nichts entscheiden, so hat doch das überall behauptete Uebergewicht im kleinern Kriege eine größere Wirkung bereits gehabt. Der Feind hat seine Vorposten bis dicht an seine verschanzten Stellungen zurückgezogen und selbst die Brigade bei Kochendorf nicht mehr sicher geglaubt, indem er sie gegen Missunde zurückverlegt und das Lager bei Kochendorf größtentheils geräumt hat. Bei diesem Zustande der Dinge scheint der moralische und physische Zustand des feindlichen Heeres in eben dem Maße zu sinken, wie sich wenigstens der erstere des unseren hebt, und es steht zu hoffen, daß, wenn Schleswig-Holstein den jetzigen Zustand noch eine Weile mit der hochherzigsten Art der Energie erträgt, welche wir als eine entschlossene Geduld bezeichnen möchten, alsdann schließlich ein entscheidender Sieg der gerechten Sache erfolgen wird.

Den 1. September. Der gestrige Tag schien ein Tag der Entscheidung werden zu wollen, überall war frohe Bewegung im Heere. Der Feind hat indeß den angebotenen Kampf wiederum nicht angenommen. Schon am Morgen stießen, wie gewöhnlich, an mehreren Punkten die Patrouillen auf einander. Diesmal, scheint es, hat sich der Feind für die täglich erlittenen kleinen Niederlagen Genugthuung verschaffen wollen, denn sowohl bei Kropp als bei Gosefeld trat er unsern Parteien mit stärkeren Abtheilungen entgegen. Bei Kropperbusch ward unsere zurückgehende, vom Feinde gedrängte Patrouille aufgenommen und die verfolgende feindliche Abtheilung mit blutigen Köpfen zurückgewiesen. Bei Gosefeld wollte man unserer Seits sich mit dem Feinde messen; derselbe wich jedoch unseren Kolonnen eiligst aus, und es kam nur noch zu einem unbedeutenden Geplänkel bei Friedensthal. Unsere Avantgarde unter Oberst v. Gerhardt drang bis dicht an die feindlichen Verschanzungen an der Südseite von Eckernförde, hinter deren Kanonen der Feind Schutz gesucht hatte. Die Unseren haben wiederum keinen Verlust zu beklagen, dagegen sollen die Dänen einige Leute eingebüßt haben. Sie haben sich jedoch so eilig entfernt, daß es nicht gelang, mehr als einen Gefangenen einzubringen. (H. C.)

Kopenhagen, 31. Aug. Das Gesetz über die Aufhebung der Zollgränze zwischen Dänemark und Schleswig ist nunmehr erschienen. In der Einleitung ist der Wunsch ausgesprochen, eine völlige Zollgleichheit sobald als möglich auch mit Holstein zu Stande zu bringen. Doch ist diese Frage späterer verfassungsmäßiger Bestimmung vorbehalten. Das Gesetz ist daher nur provisorisch. Der beigefügte Tarif enthält wichtige Veränderungen und Reduktionen. Der Zollstempel für Spielkarten ist beibehalten, desgleichen der Branntweinzoll zwischen Nordjütland und Schleswig. Holstein wird einstweilen als zollfrei angesehen.

Durch Verordnung vom 22sten d. hat Kammerherr Tillisch mehrere seit dem 17. März 1848 erlassene Gesetze aufgehoben, namentlich die Märzerrungenschaften (Preßfreiheit, Bürgerbewaffnung, Vereinsrecht 2c.)

General de Meza und der Franzose Latour du Pin befinden sich nach Berichten aus Schleswig vom 28sten d. vollkommen wohl.

Oesterreich.

N. B. **Wien**, 2. Septbr. [Tagesbericht.] Man sagt, daß heute die Antwort auf die letzte Berliner Note abgeht, in welcher Preußen ein freies Einverständniß unter den deutschen Höfen beantragt. Das Wiener Kabinet giebt keine andere Konferenzen als auf dem Wege des Bundestages zu. — Die geistige und nationale Bewegung der Russinen in Galizien ist im Fortschreiten. Aber auch bei den Russinen in Ungarn gilt dasselbe, und sind sie erst dahin gekommen, ihre Kräfte zu konzentriren, so wird ihr Einfluß nachhaltig sein. Jetzt klagen sie über die große Zersplitterung und über den Mangel an gemeinschaftlichen Einrichtungen. Nur nach und nach bilden sich einzelne Punkte heraus, denen man die Bestimmung giebt, einst ihren Einfluß über das ganze russinische Gebiet auszudehnen. Ein solcher Punkt ist Unghvar, wo schon jetzt sich einige Anstalten befinden, die auf die Nation wohlthätig wirken. Das dortige Gymnasium hat besondere Verdienste darin. Die russinische Sprache wird größtentheils bei den Lehrgegenständen angewendet und nur ein Professor ist des Russinischen nicht mächtig, außerdem wird lateinisch und magyarisch gelehrt. Die Schüler dürfen die Prüfung in ihrer Muttersprache machen. In Seminarien ist die Unterrichtssprache lateinisch. Das Pastoral wird russisch vorgetragen. Die Pfarrtrivalschule ist russisch, die Stadtschule dagegen magyarisch und man sagt, daß letztere Anomalie den Winter nicht erleben werde. — Täglich hört man von großen Feuersbrünsten in der Monarchie, die ganze Dorfschaften verheeren und deren Entstehen weder dem Zufall noch der Unvorsichtigkeit zugeschrieben werden kann. In Mähren ist unter dem Landvolke die Furcht vor Brandstiftungen so groß, daß sich in jeder Gemeinde die Insassen verbunden haben und zahlreich abwechselnd Nachtwache halten. — Bei der auf Anordnung des Handelsministeriums in Venedig vorläufig abgehaltenen, aus Vertretern der Stadtkommune, des Handelsstandes, der Militär-, politischen und Finanzbehörden zusammengesetzten Kommission wegen der beabsichtigten Uebertragung des Venediger Freihafens von der Insel St. Giorgio auf die Insel St. Lucia und Chiara, zum Behufe der Verbindung dieses Freihafens mit der Eisenbahnstation haben sämmtliche Kommissionsglieder die Realisirung dieses Planes unter allen Umständen als sehr vortheilhaft erkannt. Zu diesem Zwecke war auch von Seiten des Generalgouvernements schon früher die Abtretung des Militärspitals auf St. Chiara unter der Bedingung zugesichert worden, daß den Militärbehörden zur Zeit der Räumung des genannten Spitals an dessen Stelle ein gleiches bewohnbares Lokal eingeräumt werde. — Der Graf Auersperg reist heute nach Turin. Man behauptet, daß er dem Grafen Appony Depeschen überbringt, in welchen unser Kabinet seine Vermittelung zwischen Piemont und Rom anbietet.

Frankreich.

× **Paris**, 31. August. [Die Verfassungsrevision. — Die elyseeischen Journale. — Ein Schreiben der Herzogin von Orleans. — Die Legitimisten. — Trauergottesdienst für Louis Philipp. — Aus Rom.] Die Verfassungsrevision, dies ist das von den Journalen aufs neue ergriffene Thema, mit dem sie sich fast ausschließlich beschäftigen. Mit Ausnahme der demokratischen Blätter sieht Jedermann die Nothwendigkeit der Revision ein; die besonnenen Männer aller Parteien, die gemäßigten Republikaner mit inbegriffen, begreifen die zahlreichen Mängel des gegenwärtigen Fundamentalgesetzes von Frankreich. Allein wie soll es revidirt werden? Hier beginnt die Spaltung der gemäßigten Blätter. Die einen wollen die legalen und konstitutionellen Formen respektiren, die andern wollen für den Fall, daß diese legalen Mittel kein Resultat herbeiführen, die Revision auf revolutionärem Wege durchsetzen. Diese letztere Lösung wird besonders von den elyséeischen Journalen vertheidigt, und die „Patrie" geht heute sogar so weit, nicht nur zu erklären, man müsse sich der durch die Konstitution für die Revision vorgeschriebenen Formen entledigen, und die Bestimmung, daß eine Revision nur mit einer Majorität von drei Viertel der Nat.-Versammlung zulässig sei, fallen lassen, sondern sogar noch zu verlangen, daß, wenn man auch nicht einmal die absolute Majorität für die Revision erlangen sollte, mit andern Worten, wenn sich die Majorität der Nat.-Versammlung gegen die Revision erklären sollte, der Präsident dieses Votum unberücksichtigt lasse und sich direkt an das Land wende. Und zu solchen revolutionären Mitteln räth ein Blatt, das sich konservativ nennt.

Bis jetzt haben sich übrigens erst 5 Generalräthe für die Verfassungsrevision ausgesprochen. Unter diesen ist aber auch der von Aisne, dessen Präsident Odilon Barrot ist, und dessen Beschluß kategorisch dahin lautet, daß die Revision nach der von der Konstitution vorgeschriebenen Form statthabe. Ohne Zweifel werden sich noch mehre Generalräthe für eine baldige Verfassungsrevision aussprechen, allein im Allgemeinen dürften diese Wünsche gerade nicht zu zahlreich werden. — Die Generalräthe, bei welchen bis jetzt die Frage von dem Zurücknehmen des neuen Wahlgesetzes zur Sprache gebracht ward, haben sich der Proposition nicht günstig gezeigt. — Ebenso scheint die Proposition auf Rückberufung der Bourbonschen Prinzen nicht sehr zahlreiche Anhänger zu finden. — Das Leichenbegängniß Louis Philipps wird erst Morgen in London stattfinden.

Der Präsident begiebt sich am 3. nach Cherbourg. Mehre Personen behaupten, Bonaparte sei im Ganzen mit seiner zurückgelegten Reise zufrieden, was man aber mit Recht bezweifeln muß, da die elyseischen Journale in diesem Falle die Berichte über den letzten Theil der Reise nicht in so bescheidenem Tone abgefaßt hätten. Allerdings scheinen sie nun schon Alles wieder vergessen zu haben, denn aufs Neue proklamiren sie wieder, daß Bonaparte der einzige Rettungsanker Frankreichs sei. — Der „Abend-Moniteur" resumirt die Reise des Präsidenten mit folgenden Worten: „die ländliche Bevölkerung sagte: L. N. Bonaparte mit der Republik; die städtische Bevölkerung sagte: die Republik mit L. N. Bonaparte; dies ist der ganze Unterschied."

Gerüchtweise hört man, daß in kürzester Frist Girardin für eine Kandidatur des Prinzen v. Joinville zu der Präsidentschaft auftreten wird. Wahrscheinlicher aber ist, daß die Kandidatur des Generals Lamoricière großen Anhang unter der arbeitenden Bevölkerung finden wird.

Die Journale sprechen von einem Briefe der Herzogin von Orleans an Thiers. Der wahre Sachverhalt ist folgender: Der alte König hatte kaum den letzten Athem ausgehaucht, als die Herzogin von Orleans den ungeheuren Verlust einsah, den ihr Sohn durch diesen Tod erlitt. Sie schrieb daher sofort an Thiers und Molé und bat sie um Rath, wie den Gefahren zu begegnen sei, die den Rechten ihres Sohnes jetzt droheten. Molé soll das Schreiben der Herzogin kalt aufgenommen haben. Im Augenblicke wendet der berühmte Graf, nicht aus Kalkül, aber aus Liebe zu Frankreich, seinen ganzen Einfluß zu Gunsten Bonapartes an, den er für die Situation als eine Nothwendigkeit erachtet. Molé hält jeden Versuch einer baldigen Restauration für eine Thorheit. Nach seiner Ansicht müsse die Republik so lange vertheidigt werden, bis die große Partei der Ordnung sich stark rekonstituirt haben wird. Die Langsamkeit dieses politischen Nestors bildet einen Gegensatz zu der schäumenden Ungeduld der Journale, der die Aufmerksamkeit aller ernsthaften Männer auf sich zieht.

Ueber Wiesbaden zirkuliren noch immer mannigfache Gerüchte, so von der Haltung, welche die legitimistische Partei nunmehr einnehmen, und von einem nächstens zu erwartenden Schreiben des Grafen von Chambord, worin die Politik Larochejaquelins desavouirt werden wird 2c. In der gestrigen Sitzung der Permanenz-Kommission, der auch Berryer beiwohnte, unterhielt man sich besonders viel von der freundlichen Aufnahme, welche Herr v. Salvandy bei dem Grafen v. Chambord gefunden hat. Der Ex-Minister der letzten Monarchie ist bei allen Berathungen, welche in den Zimmern des jungen Prinzen statthatten, zugelassen worden. Nach dem „Siècle" hatte Salvandy eine Arbeit Guizots über die Bedingungen der Verschmelzung der beiden Bourbonischen Linien nach Wiesbaden überbracht. Diese Arbeit soll Guizot im Auftrage Louis Philipps gemacht haben, und der „Siècle" hofft die darin festgestellten Basen baldigst mittheilen zu können.

Heute um 11 Uhr ist in der Kapelle, welche an der Stelle, wo der Herzog von Orleans im Jahre 1843 verunglückte, errichtet ward, ein Trauergottesdienst für Louis Philipp abgehalten worden, dem eine große Anzahl frühere Diener des Hauses Orleans und mehre Beamten aus der letzten Monarchie beiwohnten.

Aus Rom wird heute gemeldet, daß der außerordentliche Gesandte der sardinischen Regierung, Pinelli, durch den

französischen Gesandten dem Papste vorgestellt worden ist, und diesem ein eigenhändiges Schreiben des Königs Victor Emanuel übergeben hat, welches, wie versichert wird, in dem versöhnlichsten Geiste abgefaßt ist. Man hofft demnach auf eine gütliche Ausgleichung der schwebenden Differenzen. Auch hat der französische Gesandte in Rom die präcisesten Instruktionen von dem hiesigen Gouvernement erhalten, seine Vermittelung anzubieten.

Italien.

* **Turin**, 28. August. Das königl. Dampfschiff „Monzambano", welches Hrn. Pinelli nach Civitavecchia gebracht hatte, ist bereits wieder im Hafen von Genua eingelaufen. Da der Kapitän vor der Landung ausdrücklich den Befehl erhalten hatte, bis auf eine von Seiten Pinellis erfolgende Weisung dort zu verbleiben, so will man daraus schließen, daß der römische Hof sich geneigt gezeigt habe, mit dem außerordentlichen Gesandten Piemonts sofort in Verhandlungen zu treten. — Nach der „Armonia" sprach man gestern von der Errichtung eines neuen Ministerportefeuille der Marine und des Handels, welches dem Herrn Peletta anvertraut werden würde. Jenes Journal lobt die getroffene Wahl, tadelt jedoch, daß man bei so kritischen Finanzverhältnissen an eine Ausgabe in der Administration denke.

* **Piacenza**, 24. August. Eine Miglie in der Umgebung von Piacenza befindet sich eine unter den Auspicien des Kardinals Albertini gegründete religiöse Erziehungsanstalt, welche von Missionären geleitet wird und worin 60 Jünglinge unentgeltlich verpflegt und erzogen werden. Es mag sein, daß die wissenschaftliche und kirchliche Tendenz, welche daselbst inne gehalten wird, Anstoß erregte: denn vor wenigen Tagen ward das Kloster militärisch umstellt; eine halbe Kompagnie war zu diesem Zwecke eigends aufgeboten, alle Aus- und Eingänge wurden abgesperrt, die Glockenstränge abgeschnitten und eine sehr scharfe Untersuchung in sämmtlichen Räumen vorgenommen. Der „Risorgimento" schreibt dieses auffallende Ereigniß dem wachsenden Einflusse der Jesuiten und ihrer Partei im Herzogthume Parma zu.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 3. September. [Kirchliches.] Das hiesige „Evang. Kirchen- und Schulblatt" meldet: Oeffentlichen Nachrichten zufolge ist sowohl die Repräsentantenwahl bei der Maria-Magdalenen-Gemeinde, als die Wahl des Senior Schmeidler zum vierten Assessor des Stadt-Konsistorii von den obersten Kirchenbehörden, an welche sich der Magistrat und das Stadt-Konsistorium gewendet, für nichtig und rechtswidrig erklärt worden. Ueber die letztere Angelegenheit ist denjenigen Geistlichen, welche sich an dem betreffenden Wahlakt Gewissens halber Anstand genommen haben, eine amtliche Mittheilung zugegangen. Ohne die rechtlichen Konsequenzen der nunmehr in letzter Instanz erfolgten höhern Entscheidung hier weiter zu verfolgen, beschränken wir uns auf den Abdruck des eben wegen der in Aussicht gestellten Reorganisation des Stadt-Konsistorii merkwürdigen Aktenstückes. Dasselbe lautet:

Auf den Bericht vom 30. März d. J. Nr. 3023, betreffend die Wahl des Diakonus Schmeidler zum Mitgliede des dortigen Stadt-Konsistoriums eröffne ich dem kgl. Konsistorium hierdurch, daß ich im Einverständnisse mit dem evangelischen Ober-Kirchenrathe [illegible]

Wenn gleich die Wiederherstellung des ursprünglichen Verhältnisses zwischen der Zahl der geistlichen und der weltlichen Mitglieder des Stadt-Konsistoriums [illegible]

Berlin, den 29. Juli 1850.

Der Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.

(gez.) Ladenberg.

Dasselbe Blatt zeigt ferner an: „Pastor Müller in Riemberg ist wegen seiner Betheiligung an den politischen Bewegungen, namentlich an der Steuerverweigerung, in erster Instanz seines Amtes entsetzt worden. Das Amt wird durch Gen.-Subst. Strekker provisorisch verwaltet."

§§ **Breslau**, 3. Septbr. [Konstitutionelle Bürger-Ressource.] In der gestrigen Versammlung präsidirte Herr Appellations-Gerichts-Rath Greiff. Herr Dr. Möcke erhielt zunächst das Wort, um über den gegenwärtigen Stand der deutschen Frage zu sprechen. Der Vortrag enthielt in seinem ersten Theile eine historische Uebersicht und beleuchtete am Schlusse die deutsche Politik der preußischen Regierung. Die Einheit Deutschlands ist ein alter Wunsch [illegible] Die Juli-Revolution hatte [illegible] Folge. In den kleinen deutschen Staaten [illegible] Zollverband. Diese Institution erregte den Neid des Auslandes [illegible] Der Bundestag, [illegible] Deutschlands gereichte, sollte reorganisirt werden. Dieser Gedanke wurde vom preußischen Könige unablässig verfolgt, seine desfallsigen Vorschläge an Oesterreich blieben fruchtlos, wie die bekannte Schrift des Generals v. Radowitz darthut. Der Sturm des Jahres 1848 unterbrach jene Verhandlungen, die dreifarbige Fahne wurde das Versöhnungszeichen in der Revolution. Ein deutsches Parlament ward einberufen, welches die Volks-Souveränetät publizirte und dem Könige von Preußen die deutsche Kaiserkrone anbot. Zwei gefährliche Gaben waren mit diesem Geschenk verbunden: jenes Prinzip, durch welches jede Fürstenherrschaft in Deutschland zu Grunde gerichtet werden mußte und die Mediatisirung aller kleineren deutschen Fürsten. Mit Recht lehnte der König Krone und Verfassung ab. An die Stelle der letzteren trat das Bündniß und die Verfassung vom 26. Mai. Das preußische Ministerium erklärte sich nun für die Politik der freien Vereinigung, die in Art. 11 der Bundesverfassung ihre völkerrechtliche Gewähr hatte. Wenn auch bewährte Freunde inzwischen abgefallen sind, ja selbst im Innern Preußens die Politik des Ministeriums manche Sympathien verloren hat, so blieb dieselbe doch immer der einzig mögliche Weg, den Wünschen des deutschen Volkes gerecht zu werden. Oesterreich will den alten Bundestag reaktiviren, Preußen verlangt freie Einigung zur Feststellung des weiteren Bundes und Anerkennung der Union, die kleineren Fürsten möchten ihre Partikular-Interessen durch Einführung des Gruppensystems gewahrt wissen. Nur Preußen befindet sich auf dem Boden des Rechts, indem es bemüht ist, die dem Volke gegebenen Verheißungen zu erfüllen. Die neuesten Berichte aus Berlin bringen die Bestätigung, daß das Ministerium mit Entschiedenheit an der Union festhalte, um das verfassungsmäßige Grundrecht des deutschen Volkes zu wahren.

Hr. Professor Friedlieb erwähnt, man höre jetzt vielfach die Worte: die Zeit des Vertrauens sei vorüber, es sei jetzt die Zeit des absoluten Mißtrauens gekommen. Diese Behauptung sei falsch. Preußens Ministerium habe unter den schwierigsten Verhältnissen weder das klare Bewußtsein noch den Muth verloren, seine Politik sei durchweg offen und ehrlich gewesen. Wenn ehrlich am längsten währt, so könne man mit Recht erwarten, daß Preußens Politik eine Zukunft habe. Der alte Bundestag sei zu Grabe getragen, auf ihm lasse sich daher nicht weiterbauen. Die deutschen Fürsten sahen dies ebenfalls ein, aber nur so lange das Schwert über ihren Häuptern hing. Ein Theil derselben sei nun treulos geworden, aber ihre Völker wissen das, ohne es zu billigen. — Der Großherzog von Baden erhielt eine Dank-, der Kurfürst von Hessen eine Mißtrauens-Adresse von den versammelten Ständen. — Die Sympathien der Völker haben sich für die nationale Umgestaltung des deutschen Bundes entschieden.

Hr. Ruthardt, der erst kurze Zeit von einer Reise durch Süddeutschland zurückgekehrt ist, theilt mit, daß in jenen Ländern gegenwärtig eine weit günstigere Stimmung für Preußen herrsche als sonst. Namentlich sei dies in Baden der Fall. In Baiern suche man das Volk durch administrative Reformen zu beschwichtigen. Dagegen herrsche in Würtemberg eine große Erbitterung gegen die Politik der jetzigen Regierung.

Aus dem Fragekasten: Wäre es nicht an der Zeit, dem Ministerium in einer Adresse für dessen treues Festhalten an der Union zu danken?

Der Vorsitzende erklärte, daß andere Städte mit derartigen Adressen allerdings bereits vorgegangen seien, der Gesellschaft aber verbiete der erste Paragraph ihrer Statuten nach Außen zu wirken. Als daher die Versammlung geschlossen war, blieb ein Theil derselben zurück und einigte sich über die Abfassung einer solchen Adresse. Dieselbe wird schon nächsten Mittwoch zur Unterschrift ausliegen.

† **Breslau**, 3. Septbr. [Poliz. Nachrichten.] Gestern wurde unterhalb des Wehres, zwischen den Mühlen am Bürgerwerder, ein männlicher, unbekannter, von der Verwesung schon sehr angegangener Leichnam gefunden. — Am nämlichen Tage wurde durch die Unvorsichtigkeit und Nachlässigkeit einer Tagearbeiterfrau ihre 1½ Jahr alte Tochter, welche sich aufsichtslos auf dem Fahrwege in der Mehlgasse befand, durch die Unachtsamkeit eines Landmannes überfahren. Zwei Räder waren dem Kinde über den Leib gegangen und hatten bedeutende Quetschungen hervorgebracht, doch ist dasselbe nicht lebensgefährlich verletzt.

Breslau, 3. Septbr. [Musik.] Mendelssohns dritte Sinfonie in A-moll scheint die Schleusen des Himmels zu öffnen. Wir erinnern uns genau, daß im vorigen Winter, als die Theaterkapelle das Werk repetirte, ein furchtbares Wetter war. Nicht besser erging es dieser Sinfonie am 22. und 29. August d. J.; im erstern Konzerte konnte sie gar nicht, im letztern nur theilweise gegeben werden, obgleich beide Male der Zudrang des Publikums sehr groß war. Die Theaterkapelle will es nun morgen auf vielfaches Verlangen noch einmal damit versuchen; regnet es abermals, so soll das Werk im Sommer nur dann angekündigt werden, wenn bei anhaltender Dürre allgemein um Regen gebeten wird. — — Am 3. Oktober werden die Winter-Abonnements-Konzerte der Theater-Kapelle im Wintergarten beginnen, und sollen Sonntags so wie Donnerstags 30 Konzerte stattfinden. Das Abonnement beträgt sowohl Sonntags als auch Donnerstag 1½ Thaler à Person. Wir müssen offen bekennen, daß uns der Abonnementspreis seiner großen Billigkeit halber, den anerkannten Leistungen dieser Kapelle gegenüber nicht angemessen erscheint; leider aber ist das Publikum bereits verwöhnt, weshalb die Bedingungen abermals so billig gestellt worden sind. — Donnerstags wird, wie bisher, der zweite Theil des Konzerts eine Sinfonie enthalten. c.

* **Breslau**, 3. Septbr. Gestern trafen Dr. Beer, k. k. außerordentlicher Professor der gerichtlichen Medizin für Juristen, und Dr. Lang, zweiter Arzt der k. k. Irrenheilanstalt, aus Wien hier ein. Dieselben reisen im Auftrage ihrer Regierung durch Deutschland, Belgien, Frankreich, Schweiz und England. Der Zweck ihrer Reise ist zunächst ein gerichtlich-psychologischer; zu diesem Behufe geht ihre Mission dahin, sowohl die Irrenhäuser mit Rücksicht auf forensische Praxis, als auch die Gefängnisse mit Rücksicht auf den Einfluß des Isolirungs-Systems auf das physische und psychische Leben und Behandeln der Gefangenen zu besuchen und überhaupt ihre Aufmerksamkeit auf die wichtigsten in medizinisch-gerichtlicher Beziehung bemerkenswerthen legislativen Einrichtungen zu richten. Gleichzeitig sind dieselben angewiesen, von den in einigen der obengenannten Länder für Erziehung schwachsinniger Kinder und Heilung des Cretinismus bestehenden Anstalten nähere Kenntniß zu nehmen.

* **Hirschberg**, 1. Septbr. [Der König.] Schleunigst theile ich Ihnen mit, daß Se. Majestät der König den 10. dieses Monats in Erdmannsdorf erwartet wird. Einer neueren Nachricht zu Folge soll Se. Majestät jedoch erst am 15. d. M. auf Schloß Erdmannsdorf einzutreffen beabsichtigen. Der beabsichtigte Besuch Sr. Majestät des Königs in unserem Thale, giebt zu mannigfachen Unterhaltungen Veranlassung und bildet überall das Tagesgespräch. Wie ich höre, ist nun die neue Straße nach Böhmen von Petersdorf aus bis nach der „Josephinen-Hütte" vollendet, der letztvollendete Theil jedoch noch nicht zur Benutzung übergeben worden, da der König während seiner Anwesenheit die neue, höchst interessante Straße besichtigen will und bei und durch die beabsichtigte königliche Fahrt der oben erwähnte letztvollendete Theil eröffnet werden soll. Sie können sich denken, daß deshalb Vorbereitungen aller Art getroffen werden. Etwas vorlaut behauptet man schon, daß der König auf der Reise nach Erdmannsdorf, Hirschberg gar nicht, sondern die neue Straße über Lomnitz passiren würde.

Breslau. In dem Bezirke des königl. Appellations-Gerichtes und der Staatsanwaltschaft zu Breslau wurden ernannt: A. **Bei dem Appellationsgerichte:** Der frühere Land- und Stadtgerichts-Direktor Hahn zu Halberstadt zum Rath, die Referendarien Golz I. und v. Prittwitz-Gaffron zu Gerichts-Assess.; die Auskultatoren Dietze, Lothar Fritsch, Haucke und Sommer zu Referend.; der Kanzlei-Diätar. Böhm zum Bureau-Diätarius. Versetzt: Der zum Gerichts-Assessor ernannte Referendarius Fromholz an das Appellationsgericht zu Posen; der Referendarius Rahn an das Appellationsgericht zu Glogau. Ausgeschieden auf eigenes Ansuchen: Der Obergerichts-Assessor Biefel wegen seines definitiven Uebertritts zur Verwaltung. — B. **Bei der königlichen Staatsanwaltschaft zu Breslau.** Neu angestellt: Der invalide Bombardier Stache als Schreiber. — C. **Bei den Untergerichten.** Bei dem Stadtgericht zu Breslau. Ernannt: Der erste Direktor Uecke zum Präsidenten, der Direktor Behrends definitiv zum Stadtgerichts-Direktor; definitiv zu Mitgliedern: Der Direktor, Stadtgerichts-Rath Dittrich, die Stadtgerichts-Räthe Schmidt, Schwürz, Pflücker, Schmiedel, Rodewald, Baumeister, Grubert, Fitzau, Freiherr v. Bogten, Fuß, Lympius, Fritsch, Hufeland, Hein, die Obergerichts-Assessoren Wendt, Gärtner, v. Uechtritz, Goßler, Nitschke, Rosenberg, Plathner, und unter Beilegung des Titels „Stadtrichter": Mücke, Fürst, Bar. v. Henneberg, Stephani, Költsch, Güttler, Dobersch, Korb I., der Kalkulator Trautmann zum Häuser-Administrations-Inspektor. Versetzt: Der Kanzlei-Diätarius Neugebauer als interimistischer Verwalter einer Bureau-Assistentenstelle an das Kreisgericht zu Habelschwerdt; die Kanzlei-Diätarien v. Collani, Kaps, Melzer, an das Kreisgericht zu Wohlau, Pettin an das Kreisgericht zu Glatz, Winkler an das Kreisgericht zu Reichenbach; die etatsmäßigen Exekutoren Parlow (in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Jauer), Trittschalleck (in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Oels); die Hilfsexekutoren Bräuer (in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Glatz), Jakob (in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Striegau). — Bei dem Kreisgerichte zu Brieg. Versetzt: Der Hilfsbote Langner als Hilfs-Gefangenwärter an das Kreisgericht zu Jauer. — Bei dem Kreisgerichte zu Hirschberg. Befördert: Der Civil-Supernumerarius Kunze zum Bureau-Diätarius; der Hilfsexekutor Beier bei dem Kreisger. zu Wohlau zum Kreisger.-Boten u. Exekutor; der Invalide Griebsch zum Hilfsboten bei der Kreisgerichts-Kommission zu Schmiedeberg. — Bei dem Kreisgericht zu Jauer. Pensionirt: Der Kreisrichter, Justiz-Rath Reymann. — Bei dem Kreisgerichte zu Militsch. Befördert: Der Sergeant Karl Scholz zum Hilfsboten und Exekutor. — Bei dem Kreisgerichte zu Oels. Befördert: Der Civil-Supernumerarius Gottwald zum Bureau-Diätarius; der Gefreite Kaufmann zum Hilfsboten und Exekutor. — Bei dem Kreisgerichte zu Reichenbach. Befördert: Der Hilfsbote Becker bei dem Stadtgerichte zu Breslau zum Kreisgerichtsboten und Exekutor. — Bei dem Kreisgericht zu Trebnitz. Befördert: Der Civil-Supernumerarius Tilch zum Bureau-Diätarius; der Hilfsbote Stock bei dem Stadtgerichte zu Breslau zum Kreisger.-Boten und Exekutor. — Bei dem Kreisgerichte zu Waldenburg. Befördert: Der Civil-Supernumerarius Schween zum Bureau-Diätarius; der Hilfsbote Hahn bei dem Stadtgerichte zu Breslau zum Kreisgerichtsboten und Exekutor. — Die durch die Versetzung des Oberförster Regler von Stoberau nach Grudschütz erledigte Stelle ist dem Oberförster Engelke verliehen worden. — Der Kreis-Sekretär Beyer ist von Glatz nach Striegau, der Kreis-Sekretär Pickel von Steinau nach Glatz, und der Kreis-Sekretär Schmid von Striegau nach Steinau versetzt worden. — Bestätiget: Der unbesoldete Rathmann Adolph Leuschner zu Winzig; der bisherige Lehrer und Organist zu Straußeney, Karl Lichtenfeld, als evangelischer Kantor und Organist zu Reichenstein.

(Vermächtnisse.) Der hier verstorbene geheime Justizrath Franz Anton Gelineck hat der katholischen Mauritiuskirche hierselbst 50 Rtlr. vermacht. Das am 4. Juni d. J. hierselbst verstorbene Fräul. Charlotte Karoline Emilie Haselich hat der Wunster'schen Stiftung 100 Rtlr. legirt.

Mannigfaltiges.

— * (Berlin, 2. September.) Die breite Straße war heute von einer großen Menschenmenge besucht. Anlaß gab die heute stattgehabte Eröffnung des Durchganges von der breiten Straße nach den Mühlen am Mühlendamm. Die Ein- und Ausgänge dieses neuen Weges waren festlich und geschmackvoll verziert. Kränze und Blumengewinde schmückten die Pforten, der Namenszug Sr. Majestät des Königs, aus Blumen sinnreich zusammengestellt, prangte zwischen den beiden Hauptmühlengebäuden, und von den Thürmen und Thürmchen dieser Gebäude herab wehten Fahnen mit den preußischen Landesfarben. — Heute hat die Umwandelung des Königssaales im Kroll'schen Etablissement zu einem neuen glänzenden Theater ihren Anfang genommen. Dem Theater-Direktor Hrn. Böttner ist in Anerkennung seiner bisherigen Leistungen die ihm ursprünglich nur für die Sommermonate bewilligt gewesene Konzession auch für die Wintersaison verliehen. Hr. Böttner ist auch mit Abfassung einer Denkschrift über die im Plane begriffene Reorganisation des Bühnenwesens auf höhere Veranlassung beschäftigt.

— Bis zum 24. August Abends sind in die Kasse der verunglückten Krakauer 156 Dukaten, 99,268 polnische Gulden und 53,027 Rh. Gulden geflossen. (C. C.).

— Der „Deutschen Ztg." wird aus Heidelberg vom 28. August geschrieben: Als heute der Prinz von Preußen, von Frankfurt kommend, die Stufen zum Wartesaale der badischen Eisenbahn hinaufstieg, trat ihm ein Reisender entgegen, ein Schweizer aus dem Kanton Bern, in der einen Hand sein Reisekäppchen und in der andern seinen Paletot, sein Benehmen hatte jene Art von verlegener Zudringlichkeit und pfiffiger Naivetät, welche gerne als altschweizerische Biedermännerei verwerthet werden möchte. Der Schweizer redete den Prinzen französisch an, und sagte ihm, Preußen genieße bereits die größte Achtung in der Schweiz und es würde nur ein Wort auszusprechen haben, um sich vollends die Sympathie aller Schweizer zu erwerben. Der Prinz fragte: „Und welches wäre dieses Wort?" „Renonciation" (auf Neuenburg), antwortete der Schweizer. „Vous n'entendrez jamais ce mot la!" sagte der Prinz trocken und ging in den Saal.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

E. Sitzung des Breslauer (sonst Lissaer) landwirthschaftlichen Vereins, am 2. September.

Die der Tagesordnung nach zu verhandelnden drei Fragen waren: 1) Haben wir bei unserer Wolleerzeugung die Konkurrenz der australischen Wolle zu fürchten? 2) Welche weitere Erfolge dürfen wir uns vom Anbaue des Mais versprechen, und 3) Was ist von dem dies Jahr allgemein auf dem Getreide vorhandenen Roste in Hinsicht des Strohes zur Viehfütterung zu fürchten und welche Vorkehrungen lassen sich gegen den derartigen Schaden treffen?

Die Antwort auf die erste dieser Fragen ging dahin, daß, da die australische Wolle weder die Feinheit noch die gute Natur (besonders Nerv- und Krümmkraft) unsrer veredelten und hochedlen Wolle habe, so sei auch ihre Konkurrenz wenig zu fürchten, sie werde noch lange nur dem Mangel abhelfen, welchen die Wollen-Manufakturen an geeigneter Kammwolle noch immer haben. Von dem Verbrauche zur Tuchfabrikation werde man sicher abgehen, sobald man deutsche Wolle von gleicher Feinheit und nicht viel höherem Preise haben könne, weil diese ein besseres Fabrikat liefere. — Endlich aber hob auch ein Redner den Umstand hervor, daß uns die Engländer schon im Jahre 1814 mit der australischen Wolle gedroht und behauptet hätten, sie würden in zehn Jahren fast keine deutsche Wolle mehr brauchen. Diese zehn Jahre aber seien bereits ein Vierteljahrhundert vorüber und noch suchten sie unsere gute Wolle. Alsdann zeige sich ja auch, daß trotz den großen und alljährlich zunehmenden Massen, welche von australischer Wolle nach Europa kämen, sich noch nirgends ein bemerkbarer Ueberfluß an diesem Produkte zeige, daß mithin der Bedarf in gleichem Grade mit der Zunahme der Produktion gestiegen sei, was wohl auch für die Zukunft zu erwarten sein dürfte. Zudem werde sicher die Schafzucht in Australien gar bald ihren Kulminationspunkt erreichen; auch seien Länder, die in der Kultur noch so weit zurück sind, wie dieses, größern Kalamitäten ausgesetzt, wie gut kultivirte, und es kämen in denselben oftmals so bedeutende Viehseuchen vor, daß manche Arten fast ganz ausstürben, was auch den Schafen in jenem Lande geschehen könne.

Die Antwort auf die zweite Frage lautete im Allgemeinen so: daß der Anbau des Mais bei uns im Großen kaum auszuführen sei, weil wir bei unserm Kartoffel- und Rübenbaue ohnehin sehr viel Arbeitskräfte brauchen; alsdann sei es auch um das Reifwerden dieser Frucht eine mißliche Sache, weil dies nur bei günstigen warmen Jahrgängen stattfände. Das aber sage noch nicht, daß man nicht kleine Flächen — von einigen Morgen — damit bestellen könne, die, bei einem Ertrage von 20—30 Schfln. vom Morgen, der Wirthschaft in vieler Art trefflich zu statten kämen. Vorzugsweise aber sei der Mais als Futterpflanze empfohlen. Dazu wird die Reihensaat als die am meisten zu beachtende hervorgehoben. Die Masse des durch ihn gewonnenen Futters wird als doppelt so groß, wie die von gutem Klee angegeben, und er kann in Jahren, wo der Klee wegen Auswinterung oder Dörre fehlschlägt, als die beste Aushülfe dienen. Daß man ihm gut gedüngtes und sorgfältig kultivirtes Land anweisen müsse, wenn man einen besondern Erfolg erwarte, das ward besonders erwähnt.

Was zum dritten, den Rost auf dem Getreide und resp. dem Stroh betrifft, so ward angegeben, daß man vor allem die Spreu, in welche alle die vom Rost am meisten betroffenen, beim Dreschen zerschlagenen Blätter kommen, am liebsten gar nicht füttern, sondern in den Mist werfen möge. Alsdann hielt man das Salz für das beste und kräftigste Vorbeugungsmittel gegen die üblen Folgen, welche die derartige Strohfütterung nach sich ziehen könne; nur ward bedauert, daß der Preis desselben zu hoch sei. Dem viel wohlfeileren Viehsalze machte man die Ausstellung, daß die mit ihm vermischten Ingredienzien in Verbindung mit dem Roste leicht den befürchteten Nachtheil noch könnten vermehren.

Nach Abhandlung dieser Fragen kamen mehrere andere interessante Gegenstände zur Verhandlung, unter denen wohl die Beantwortung der vom Centralverein der Provinz über die diesjährige Ernte gestellten Fragen die wichtigste war. Als Richtschnur war eine gewöhnliche Mittelernte angenommen und es ging die völlig übereinstimmende Meinung dahin: daß die Erndte des Weizens — ganz besonders, wenn man seine diesjährige vorzügliche Qualität mit in Rechnung bringe — eine gute, folglich bedeutend über dem Mittel stehende sei. Der Roggen aber habe nur eine halbe Mittelerndte, die Gerste eine volle solche, der Hafer aber ziemlich dasselbe, wie der Roggen gegeben. Wenn nun, mit dieser Beantwortung alle Berichte, nicht allein aus ganz Deutschland, sondern aus fast allen Ländern Europa's übereinstimmen, so ist damit bestätigt, was wir schon früher in dieser Zeitung ausgesprochen haben. Ueber die Erbsen war nur eine Stimme, nämlich die, daß sie völlig mißrathen sind. Von den Kartoffeln einigten sich die Meinungen dahin, daß sie wohl für den Bedarf mehr als ausreichen würden, wenn man die Branntweinbrennereien ausschließen wollte — da jedoch eine Menge der größeren Landwirthe sie hauptsächlich zu diesem Zwecke in so ausgedehnter Art anbauten, so sei es konsequent, die Brennereien mit in den Bedarf zu ziehen, und da erscheine die diesjährige Ernte nicht als zureichend und besonders alsdann nicht, wenn die Krankheit nicht bald einen Stillstand zeige, dieselbe vielmehr in ihrer Ausdehnung und Allgemeinheit ferner noch einen großen Theil der Knollen vernichten sollte.

Die nächste Sitzung ward auf den 4. November d. J. festgesetzt.

Inserate.

Bei Florian Kupferberg in Mainz ist so eben in Kommission erschienen und durch alle Buchhandlungen, in **Breslau** durch **G. P. Aderholz** zu beziehen:

Neues Welt-System.

Dargestellt wie es ist, von **A. Weinbach.** gr. 8. geh. mit 9 lith. Tafeln. Preis 10 Sgr.

In der neueren Zeit dürfte wohl schwerlich ein wissenschaftliches Werk erschienen sein, das bei gedrängter Kürze einen so reichen Inhalt darböte und dabei zugleich so geeignet wäre, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, als das hier angekündigte, in welchem ein von dem kopernikanischen in allen seinen Theilen sehr weit abweichendes Welt-System aufgestellt und durch höchst einfache, auch dem Nichtastronomen sogleich verständliche Tabellen erläutert wird. — Daß der Herr Verfasser seiner Sache sehr gewiß ist, beweist der Umstand, daß er dem Ersten, der seine keineswegs auf Hypothesen, sondern auf praktischen Messungen beruhenden Angaben in Abrede zu stellen vermag, 200 Friedrichsd'or für seine Bemühungen auszahlt.

Bekanntmachung.

Die vor dem Oderthore bei Brieg auf dem rechten Oderufer belegene sogenannte polnische Oder-Mahl-Mühle soll nunmehr mit Genehmigung des königl. Finanz-Ministeriums auf **drei** Jahre, und zwar vom **1. Oktober 1850** bis Ende September 1853 im Wege des öffentlichen Meistgebots anderweitig in Pacht ausgegeben werden.

Zu diesem Behufe haben wir auf

den 30. September d. J.

vor unserm Kommissarius, Regierungs-Rath v. Massow in dem königlichen Kreis-Steuer- und Rent-Amts-Lokale zu Brieg einen Termin anberaumt.

Die Licitations- und Verpachtungs-Bedingungen können jederzeit in unserer Domänen-Registratur und auf dem königl. Kreis-Steuer- und Rent-Amte zu Brieg eingesehen werden.

Breslau, den 31. August 1850.

Königliche Regierung,
Abtheilung für Domänen, Forsten und direkte Steuern.

Bekanntmachung

wegen Sicherstellung des Brot- und Fourage-Bedarfs für die königl. Truppen im Bereiche des 6. Armee-Corps pro 1851.

Die direkte Brot- und Fourage-Verpflegung der königl. Truppen im Bereiche der unterzeichneten Intendantur, so wie die Lieferung des Brotes, des Roggens und der Fourage für die königl. Magazine pro 1851, soll im Wege des Submissions- und event. des Licitations-Verfahrens in Entreprise gegeben werden.

Wir haben zu diesem Behufe die Ausbietungs-Termine:

1) für die Garnisonorte Oels, Ohlau, Strehlen und Kreuzburg auf den 23. September d. J., Vormittags 9 Uhr, im Gasthofe zum Adler in Oels;
2) für die Garnisonorte Herrnstadt, Guhrau, Winzig, Wohlau und Militsch auf den 26. September d. J., Vormittags 9 Uhr, im Gasthofe zum Adler zu Herrnstadt;
3) für die Garnisonorte Oppeln, Gr. Strehlitz und Grottkau auf den 2. Oktober d. J., Nachmittags 2 Uhr, im Gasthofe bei Biewald zu Oppeln;
4) für die Garnisonorte Gleiwitz, Pleß, Ratibor und Beuthen auf den 4. Oktober c., Vormittags 9 Uhr, im Gasthofe zum schwarzen Adler in Gleiwitz;
5) für die Garnisonorte Neustadt, Ober-Glogau, Leobschütz und Münsterberg auf den 7. Oktober c., Vormittags 9 Uhr, im Gasthofe zum Kreuz in Neustadt;
6) für die Garnisonorte Ziegenhals, Reichenstein, Patschkau und Habelschwerdt auf den 9. Oktober c., Vormittags um 9 Uhr, im Geschäfts-Lokal des königl. Proviant-Amtes zu Neisse,

vor unserem Deputirten, Intendantur-Rath von Kempski, anberaumt, und laden hierdurch kautionsfähige Produzenten und sonstige Unternehmer mit dem Bemerken ein, daß nur portofreie, versiegelte, mit der Aufschrift „Lieferungs-Anerbietung" auf dem Couvert versehene, übrigens auch allein auf Brot-Lieferung oder allein auf Fourage-Lieferung oder auf beide Lieferungen zusammen lautende schriftliche Anerbietungen, jedoch auch nur bis nach Verlauf einer Stunde nach Beginn des Termins angenommen werden, sowie, daß jeder Offerent sich über seine Qualifikation und Kautionsfähigkeit auszuweisen und deshalb im Verdingungs-Termine eine Kaution von 500 Rthlrn. in Staatsschuldscheinen oder Pfandbriefen zu deponiren hat.

Für die königl. Magazine können in allen angesetzten Terminen und zwar auf bestimmt zu benennende Quantitäten Anerbietungen gemacht werden.

Die speziellen Lieferungs-Bedingungen sind zu jeder schicklichen Tageszeit im Bureau der königl. Intendantur und bei den königl. Proviant-Aemtern in Breslau, Neisse und Glogau und den königl. Festungs-Magazinen in Kosel, Glatz und Schweidnitz, so wie auch bei den Magistraten der genannten Garnisonorte und im Termine selbst einzusehen.

Breslau, den 31. August 1850.

Königl. Intendantur 6. Armee-Corps.
Messerschmidt.

Bekanntmachung.

Die von Carl Rösner zu Wüste-Waltersdorf am 22. und 29. November 1849 auf E. Schlesinger u. Comp. in Breslau gezogenen und von letzteren acceptirten beiden Wechsel, ersterer über 233 Rthlr. 20 Sgr., zahlbar den 22. März d. J., letzterer über 300 Rthlr., zahlbar den 29. März d. J., sowie der von M. Muszkat in Warschau am 7. Januar d. J. auf Jakobi Gradenwitz in Breslau gezogene, von Letzterem acceptirte Wechsel über 400 Rthlr., zahlbar den 7. März 1850 an die Ordre des Carl Rösner, welche Wechsel sämmtlich von C. Rösner an E. Hoffmann u. Comp. in Breslau am 11. Februar d. J. girirt waren, sind angeblich bei der Versendung von Wüste-Waltersdorf nach Breslau verloren gegangen. In Folge des beantragten Aufgebots derselben wird der unbekannte Inhaber dieser Wechsel hierdurch aufgefordert, binnen sechs Monaten diese Wechsel uns vorzulegen, widrigenfalls die Wechsel für kraftlos werden erklärt werden.

Breslau, den 19. April 1850.

Königliches Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Subhastations-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier Nr. 1 der Gellhorngasse belegenen, Vol. VII., Fol. 161 des Hypothekenbuchs vom Sande, Dome, Hinterdome und Neuscheitnig verzeichneten, dem Maurerpolirer Friedrich Schneider gehörigen, auf 6102 Rthlr. 18 Sgr. 11 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 4. Januar 1851,
Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Obergerichts-Assessor v. Uechtritz in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 30. Mai 1850.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung.

Das der hiesigen Stadtgemeinde gehörige Haus Nr. 19 der Nikolai-Straße, soll im Wege der Licitation auf die nächsten drei Jahre vom 1. Oktober d. J. ab vermiethet werden.

Wir haben zu dem Ende einen Bietungstermin auf den

9. Sept. d. J., Nachm. 5 Uhr,

in unserm rathhäuslichen Fürstensaale anberaumt. Die Vermiethungs-Bedingungen können bei unserem Rathhaus-Inspektor Reßler jederzeit eingesehen werden.

Breslau, den 27. August 1850.

Der Magistrat
hiesiger Haupt- und Residenzstadt.

Zum nothwendigen Verkaufe der unter Nr. 41 zu Cawallen belegenen, dem Maurer-Meister Harder gehörigen, auf 9000 Rthlr. geschätzten Ziegelei-Besitzung haben wir einen Termin

auf den 12. Februar 1851,
Vormittags 12 Uhr,

vor dem Herrn Kreisrichter Conrad, in unserm Parteien-Zimmer anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 29. Juni 1850.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Subhastations-Patent.

Das im Fürstenthume Oels und Kreise Trebnitz belegene vormalige Stiftsgut-Antheil Poln. Hammer, landschaftlich abgeschätzt auf 14,280 Rthlr. 8 Sgr. 6 Pf. zu Folge der nebst Hypotheken-Schein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

den 4. Oktober d. J.,
Vormittags 11 Uhr,

an hiesiger Gerichtsstelle öffentlich verkauft werden.

Die ihrem Aufenthalte nach unbekannten Interessenten: der Besitzer Otto v. Willamowitz, die Parzellenkäufer Sebrantke und Genossen, der Oekonom Johann Gottlob Philipp, die Universal-Erbin des Oberamtmanns Johann Gottlob Emanuel Heier und Maria Magdalena Strömer, Tochter des Amtmanns Strömer zu Hinzendorf, werden zu diesem Termine mit vorgeladen.

Trebnitz, am 2. März 1850.

Königliches Kreis-Gericht.
I. Abtheilung.

Ediktalladung.

Vom Stadtgericht zu Neustadt-Dresden ist wegen folgender, seit länger als rechtsverwährter Zeit daselbst vorhandener Depositen:

86 Thlr. 5 Gr., am 28. Juni 1794 vom Fürst Czartorisky zur Sicherstellung des Freiherrn Gregory deponirt und Ersterem gehörig;

14 Gr., Perceptionssumme der Weinhändler Masson und Sohn zu Beaune, aus dem Thielemannschen Schuldenwesen laut des im Jahre 1798 publizirten Vertheilungsplanes;

20 Thlr. 19 Gr. 4 Pf., Rest eines im Jahre 1793 in Sachen Gottfried Primbers gegen Gottfried Berger von ersterem gestellten Kostenvorstandes, welcher im Jahre 1798 zum Depositum genommen worden, und

7 Thlr. 22 Gr. 6 Pf., im Jahre 1802 unerhoben gelassene Perceptionsrate der unbekannten Erben des Oberrechnungsraths Thielemann aus des Kaufmann Heinrich Wilhelm Thielemanns Conkurs,

nach Vorschrift des Mandats vom 13. November 1779, verbunden mit dem Gesetz vom 27. Oktober 1834 — der Ediktalprozeß eröffnet worden.

Es werden daher alle die, welche an die bezeichneten Depositen aus irgend welchem Rechtsgrunde Ansprüche zu machen haben, andurch vorgeladen, bei Strafe der Ausschließung und des Verlustes ihrer Ansprüche, sowie der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand,

den 23. Dezember 1850,

zu rechter früher Gerichtszeit im Stadtgericht allhier in Person oder durch hinreichende, was Ausländer anlangt, gerichtlich anerkannte Vollmacht, legitimirte Bevollmächtigte, zu erscheinen, ihre Ansprüche anzumelden und zu bescheinigen, mit dem bestellten Kontradiktor zu verfahren und

den 19. Februar 1851

der Eröffnung eines sowohl die Außenbleibenden ausschließenden, als auch in der Hauptsache erkennenden Bescheides, welcher rücksichtlich der Außenbleibenden für ihnen eröffnet erachtet werden wird, sich zu gewärtigen.

Neustadt-Dresden, den 26. Juli 1850.

Das Stadt-Gericht.
Jäger.

Edictalladung.

Am 25. Januar 1850 verstarb allhier Johann Gottfried Gollmer, geboren den 13. Mai 1790 zu Markersdorf bei Görlitz, ohne eine letztwillige Verfügung und bekannte Erben zu hinterlassen. Zu deren und etwaiger Nachlaßgläubiger Ermittelung laden wir demnach alle diejenigen, welche an des Genannten Verlassenschaft als Erben, Eigenthümer, Gläubiger, oder aus irgend einem anderen Rechtsgrunde, Ansprüche zu haben vermeinen, hiermit vor, unter der Verwarnung, daß sie außerdem ihrer Ansprüche, auch der Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung in den vorigen Stand für verlustig erklärt und von dem Gollmerschen Nachlasse ausgeschlossen werden,

den 6. Dezember 1850

persönlich, oder durch gehörig legitimirte Bevollmächtigte, an Stadtgerichtsstelle allhier zu erscheinen, sich anzugeben, ihre Ansprüche zu bescheinigen, hierüber mit dem Contradictor, ingleichen hinsichtlich der Priorität, unter sich rechtlich zu verfahren, und

den 3. Januar 1851

der Inrotulation der Akten, hierauf aber

den 29. Januar 1851

der Bekanntmachung eines die Ausschließung mitumfassenden Haupterkenntnisses, welches Mittags 12 Uhr für bekannt gemacht erachtet werden wird, gewärtig zu sein.

Neustadt-Dresden, den 1. Juli 1850.

Das Stadt-Gericht.

Nothwendiger Verkauf.

Die im Rybniker Kreise gelegenen Freigüter Nr. 40 und 41 zu Nieder-Rydultau, abgeschätzt auf 5878 Rthl. 7 Sgr. zufolge der nebst Hypothekenschein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, sollen am

9. Januar 1851, Vormittags 11 Uhr,

an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Die dem Aufenthalte nach unbekannten Gläubiger als:

1) die Hauptmann von Walkeschen Eheleute modo deren Erben;
2) der Karl Kuschy, ein früherer Besitzer und
3) der Auszügler Nikolaus Woiscizek und dessen Ehefrau,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Rybnik, den 1. Juni 1850.

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

Die königl. General-Direktion der Seehandlungs-Societät beabsichtigt, die dem Seehandlungs-Institute gehörige, hierselbst belegene **Flachsbereitungs-Anstalt** mit sämmtlichen dazu gehörigen Grundstücken, Gebäuden, Maschinen und Utensilien, nebst Wassermühle und sonstigem Zubehör, durch Verkauf in Privathände übergehen zu lassen und hat mich beauftragt, Kauflustigen über die Verhältnisse dieser Anstalt nähere Auskunft zu ertheilen, auch mit denselben in vorläufige Unterhandlungen über die Bedingungen der Ueberlassung zu treten.

Ich erkläre mich demnach bereit, Kauflustigen sowohl auf frankirte Briefe als mündlich nähere Mittheilungen zu machen, die Besichtigung der Anstalt zu gestatten und ihnen eine Beschreibung derselben auf Erfordern zugehen zu lassen.

Ueber die eingegangenen Gebote behält sich die königl. General-Direktion der Seehandlungs-Societät die Entscheidung vor.

Suckau bei Neustädtel in Schlesien,
den 24. August 1850.

Nitschke.

Subhastations-Patent.

Das jetzt zur Kaufmann Peregrin Beschornerschen erbschaftlichen Liquidations-Masse gehörige Freirichter-Gut Nr. 4 von Marienthal, zufolge der nebst Hypothekenschein in unserer Registratur einzusehenden revidirten Taxe auf 18,821 Thaler 11 Sgr. gewürdigt, wird

am 14. Oktober 1850

im Geschäftszimmer Nr. 6 vor dem Assessor Koschella resubhastirt.

Habelschwerdt, den 25. März 1850.

Königliches Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Auktions-Anzeige.

Freitag den 6. d. M. sollen

a) um 9 Uhr Vorm. in Nr. 3 Alte Taschenstraße diverse Pfand- und Nachlaß-Sachen und 1 Staatswagen;
b) um 11 Uhr im hiesigen städtischen Marstalle 3 Schweine gegen sofortige Zahlung versteigert werden.

Breslau, den 3. September 1850.

Hertel, Kommissionsrath.

Auktions-Anzeige.

Freitag den 6. d. M., Nachm. 2 Uhr, sollen in Nr. 3 Alte Taschenstraße circa 50 Ztr. kassirte, zum Einstampfen bestimmte Akten, deren Ankauf nur Papierfabrikanten zusteht, versteigert werden. Breslau, den 3. September 1850.

Hertel, Kommissionsrath.

Auktion. Am 5. d. M., Vorm. 9 Uhr, sollen in Nr. 42 Breitestraße Kleidungsstücke, einige Möbel und versch. Hausgeräthe versteigert werden. **Mannig,** Aukt.-Komm.

Ein Rittergut,

ohnweit Liegnitz, von 1800 Morgen, ist für 95,000 Rtl. mit vollständigem Inventarium, nebst schönem Schloß, und massiven Gebäuden, bei 20,000 Rtl. baarer Anzahlung durch mich zu verkaufen. Ein zweites Gut, von 1250 Morgen, ohnweit Liegnitz, ist für 75,000 Rtl. ebenfalls mit vollständigem Inventarium, bei 15,000 Rtl. baarer Anzahlung zu haben. Das Nähere Ring 56, 1 Tr. **M. Schönwälder.**

Ein Rittergut,

wird gegen ein hiesiges oder Berliner Haus zum Tausch gesucht und können noch 5000 Rtl. baar zugezahlt werden. Das Nähere Ring 56 1 Tr. hoch zu erfragen. **M. Schönwälder.**

Dentifrice universel

zur sofortigen Beseitigung der Zahnschmerzen,
in Flacon mit Gebrauchsanweisungen und ärztlichen Zeugnissen, à 10 Sgr.

Dieses in Frankreich patentirte, ärztlich geprüfte und in seiner Anwendung durchaus unschädliche Mittel bringt die außerordentliche Wirkung hervor, daß es selbst die heftigsten Zahnschmerzen nach Verlauf von wenigen Minuten vollkommen beseitigt. Der einfache Gebrauch desselben ist, daß man 10 bis 12 Tropfen auf wenig Baumwolle tröpfelt und letztere in die Seite des Ohres steckt, wo der Schmerz stattfindet.

Alleiniges Depot in Breslau bei
S. G. Schwartz, Ohlauerstraße 21.

Nächsten Sonntag den 8. d. M. bleibt das Lichtbild-Atelier Ohlauerstraße Nr. 9 geschlossen.

Ein noch fast neuer offener Neutitscheiner steht billig zum Verkauf Hummerei 47.

Leckborsten, alle Sorten und **rohe Roßhaare** sind zu annehmlichen Preisen bestens zu haben bei: **J. Jacobsohn,** Karlsstraße 21.

Neu erfundene, chemisch bereitete

Spardochte

für alle Arten von Lampen.

Diese von dem Publikum sehr vieler Städte durch täglichen Nutzen geprüfte und als vorzüglich gut befundene Spardochte gewähren nicht allein bedeutendere Vortheile in der Ersparung des Oels, als alle andern, sondern geben auch eine dem Auge wohlthätige ganz weiße hellleuchtende Flamme.

Die Niederlage für Breslau befindet sich bei
S. G. Schwartz, Ohlauerstraße 21.

Künstliche Zähne

werden einzeln, in Garnituren und ganzen Gebissen, solid gearbeitet und eingesetzt von
S. Gutmann, Zahnarzt,
jetzt in Dresden, Wilsdruffer Gasse, goldner Hirsch, 2te Etage.

Eine stille Familie wünscht unter billigen Bedingungen **einige Mädchen in Pension zu nehmen,** und verspricht eine sorgfältige Aufsicht und liebevolle Behandlung. Eltern, die darauf reflektiren, belieben sich über das Nähere bei Madame **Caro,** Roßmarkt Nr. 11, oder bei dem Herrn Dr. **Dawidsohn,** Karlsstraße Nr. 40, zu erkundigen.



Alte und junge Zwerg- und Kampfhühner, auch deren Eier, verschiedene Sorten Tauben und Singvögel, Fischnetze und Rebhühner-Stecknetze, so wie mehrere Kähne sind zu verkaufen in der Badeanstalt bei **Knauth.** Auch ist daselbst ein weißer Sprosser zu haben.

Motten- u. Wanzen-Tinktur, auch Mottenpulver z. Räuchern,
im Ganzen mit bedeutendem Rabatt, verkaufen billigst: **W. Heinrich u. Comp.** in Breslau, Schuhbrücke 54.

Unseren bisherigen Kanzlisten **Robert Döring,** welcher auch zu Botendiensten verwendet worden ist, haben wir entlassen.

Breslau, den 1. September 1850.

Die Handelskammer.

Sonntag-Zirkel.

Generalversammlung Freitag den 6. September Abend 7 Uhr im Goldschmidt'schen Lokale.

Erholung in Pöpelwitz.

Heute Mittwoch
Militär-Trompeten-Konzert.
Entree: Herren 2½ Sgr., Damen 1 Sgr.

Fürstensgarten.

Heute, **Mittwoch, großes Konzert** der Breslauer Musikgesellschaft.

Rittergutsbesitzer, die nicht selbst auf ihrem Gute wohnen, oder noch eine Wohnung daselbst freistehen haben, sind vielleicht nicht abgeneigt, diese so wie einen Garten, einem verabschiedeten Offizier, mit seiner aus 2 Personen bestehenden Familie gegen einen nicht zu hohen Miethszins auf mehrere Jahre zu überlassen.

Besonders angenehm würde es sein, könnte die Jagd auf dem Gute, oder eine solche in der Nähe noch zu erpachten sein. Hierauf Reflektirende wollen in frankirten Briefen ihre Offerten unter der Adresse S. pp. Kosten poste restante einsenden.

Gesuch.

Ein junger, nicht ungebildeter Kaufmann, der sein Geschäft wegen der drückenden Zeitverhältnisse einstellt, wünscht eine Stelle als Reisender oder in einer Fabrik als Inspektor anzunehmen. Gefällige Offerten werden unter Z. A. poste restante Breslau erbeten.

Engagements-Gesuch.

Ein Handlungs-Commis, mit den besten Zeugnissen versehen und noch in Kondition stehend, sucht zum 1. Oktober hier oder auswärts ein anderweitiges Unterkommen. Offerten bittet man baldigst unter der Adresse G. H. Breslau poste restante abzugeben.

Vermiethungs-Anzeige.

Nr. 16 der Nikolaistraße und Neuweltgassen-Ecke ist eine Wohnung im Parterre-Raume zu vermiethen, welche sich zu mancherlei Gewerbebetrieb eignet; es gehört dazu ein nach der Nikolaistraße herausgehendes geräumiges Verkaufsgewölbe, beides, Wohnung und Gewölbe, ist entweder sogleich oder zu Michaelis c. zu beziehen. Auskunft ertheilt Reusche-Straße Nr. 18 Herr Siebig.

Erwiederung.

Herr Kynast! Sie haben unbefugter Weise mir die Absicht unterlegt, als hätte ich mich zum Administrator ihres Hauses machen wollen. Zu Ihrer Beruhigung sei es gesagt: für diese Ehre müßte ich sehr danken. Indeß derowegen keine Feindschaft! Die Vermiethungs-Anzeige von heute ergänzt die frühere Anzeige und wird hoffentlich auch Sie beruhigen, damit Sie die gewaltige Drohung gegen mich nicht in Ausführung bringen werden.

Breslau, 3. Sept. 1850. Siebig.

Eine **Amme,** durch den Tod eines Kindes brodtlos, kann in jeder Beziehung empfohlen werden. Näheres Schweidn. Stadtgr. 27, 1 Tr. links.

Ein Knabe,
mit den nöthigen Schul-Kenntnissen versehen, wird als Zögling der **Gravir-Kunst** angenommen: **Oderstraße Nr. 37.**

Eine Wirthschafterin
für das Hauswesen eines Gewerbetreibenden wird zum 15. Oktober d. J. gesucht. Nähere Auskunft wird ertheilt in der Pelzhandlung am Ringe Nr. 38, oder früh von 7 bis 8 Uhr bei Ludewig, Klosterstraße Nr. 4.

Einen geschickten Sekretär sucht der Rechtsanwalt und Notar **Barschdorff** zu Liegnitz.

Ein anständiges Mädchen, mit guten Schulkenntnissen, von ordentlichen Eltern, kann als Ladenmädchen sogleich placirt werden. — Auskunft giebt Hr. Eduard Friede, Schuhbrücke im Leinwand-Geschäft.

Grünberger Wein-Essig

zum Einlegen der Früchte, das Quart 4 und 5 Sgr., empfiehlt:
Hermann Stefke, Reuschestraße 63.

Die Restauration, Wein- und Bierhandlung des H. Brahl, Ring Nr. 4, führt von jetzt ab

Waldschlößchen-Bier

von vorzüglicher Qualität.

Zu verkaufen
eine Partie leere Gebinde in Eisenband zu 4 bis 8 Eimer: Junkernstraße 31.

Jagd-Verpachtung

des dritten Bezirkes zu Bockau bei Ingramsdorf, welcher in 3000 Morgen besteht, soll auf den 5. September, Nachmittags um 3 Uhr, auf 6 Jahre in dem Kretscham zu Bockau, von dem Orts-Gericht dem meistbietenden verpachtet werden, die Pachtbedingnisse werden am Tage der Verpachtung bekannt gemacht.

Zu vermiethen und zu beziehen:

1. Ober-Straße Nr. 15 eine kleine Wohnung von Michaelis c. ab.
2. Mathias-Straße Nr. 22 zwei kleine Wohnungen desgl.
3. Sonnen-Straße Nr. 15 zwei mittlere Wohnungen, eine sofort, die andere von Michaelis c. ab.
4. Kleine Groschengasse Nr. 37 eine kleine Wohnung von Michaelis ab.
5. Matthias-Straße Nr. 27 eine kleine Wohnung desgl.
6. Nikolai-Straße Nr. 38 eine Wohnung in der 2. Etage, vorn heraus.
7. Lehmdamm Nr. 11 a. eine kleine Wohnung von Michaelis ab.
8. Nikolai-Straße Nr. 71 eine kleine Wohnung desgleichen.
9. Weißgerber-Gasse Nr. 52 eine kleine Wohnung desgl.
10. Neue Junkern-Straße Nr. 17/18 mehrere größere und kleinere Wohnungen von Michaelis c. ab.
11. Reusche-Straße Nr. 25 eine mittlere und zwei kleine Wohnungen, theils sofort, theils von Mich. c. ab.
12. Matthias-Straße Nr. 93 eine kleine Wohnung von Mich. c. ab.
13. Matthias-Straße Nr. 25 mehrere mittlere und kleinere Wohnungen von Mich. ab.
14. Friedrich-Wilhelms-Str. Nr. 43 ein Verkaufs-Laden mit Wohnung sofort oder von Mich. c. ab.
15. Goldeneradegasse Nr. 24 ein Verkaufskeller sofort oder von Mich. c. ab.

Das Nähere beim Kommissionsrath **Hertel,** Seminargasse Nr. 15.

Max Ring's neuester Roman!

Im Verlage von **Joh. Urban Kern** (Ring Nr. 2) ist so eben erschienen:

Die Kinder Gottes.

Roman in 3 Bänden. Von Max Ring.
3 Bde. 59 Bogen. 8. Velinp. geh. Preis: 3 Rtl. 25 Sgr.

Der talentvolle Verfasser von „Berlin und Breslau", „Der Genfer" 2c. giebt in diesem neuen Romane eine lebendige Schilderung der Zustände zur Zeit August des Starken, Zinzendorf's und dessen Stiftung Herrenhuts und der Herrenhuter. Die religiösen und sozialen Bestrebungen der Herrnhuter werden vorgeführt und im Vergleiche zur Neuzeit nachgewiesen, daß jene nur dann gedeihen können, wenn sie auf den festen Grund einer begeisternden großen Idee, wie die Religion gebaut werden. — Wenn „Berlin und Breslau" im vorigen Jahre in allen Lesekreisen bereits bedeutendes Aufsehen gemacht hat, so wird dies neue, aus tüchtigen Studien hervorgegangene Buch durch seinen spannenden, interessanten Inhalt Allen, welche sich wieder nach etwas geistig Gediegenem sehnen, eine anziehende Unterhaltung gewähren.

In der Buchhandlung **Graß, Barth u. Comp. in Breslau,** Herrenstraße Nr. 20 ist vorräthig:

Die vorzüglichsten Mittel gegen die Kopf- und Zahnschmerzen, so wie auch das richtige Verhalten bei **dem Schnupfen.** Eine nützliche Schrift für Jedermann, von J. C. Marker. Zweite Auflage. (Verlag von C. F. Schmidt in Leipzig) 8. geh., 10 Sgr.

In der Verlagsbuchhandlung von **Graß Barth** und **Comp.** ist erschienen, und durch alle Buchhandlungen zu beziehen:

Eine Rentenspekulation.

Novelle von **Walter Tesche,** Verfasser der „Rose von der Pzerwa."
8. br. 22½ Sgr.

Ostbahn.



Die Lieferung von 970 Stettiner Last Coak à 72 preuß. Scheffel, von denen 60 Last als Probe noch im Laufe dieses Jahres, die übrigen in der Zeit vom 1. Mai bis 1. November 1851 franco auf dem Ufer der Netze bei Bahnhof Kreuz unweit Filehne resp. auf dem Ufer der Brahe bei Bahnhof Bromberg abzuliefern sind, soll im Wege der öffentlichen Submission

den 16. September d. J., Mittags 12 Uhr,

verdungen werden. — Die Offerten sind versiegelt mit der Aufschrift: „Lieferung von Coaks für die Ostbahn" der unterzeichneten Direktion portofrei einzureichen, und sollen in deren Centralbureau in Gegenwart der etwa erscheinenden Submittenten in jenem Termine eröffnet werden. Die Lieferungs-Bedingungen werden auf portofreie Gesuche von hier aus mitgetheilt.

Bromberg, den 27. August 1850. **Königl. Direktion der Ostbahn.**

Das seit einer Reihe von Jahren in Posen durch mich geführte Hotel habe ich aufgegeben, und dagegen das früher so sehr frequente **Gasthaus**

zu den drei Bergen, Büttnerstraße Nr. 33

hierselbst übernommen. — Die totale Umgestaltung des Hotels, dessen elegante comfortable Einrichtung ist vollendet, und eröffne ich dasselbe heut unter der Firma

Lauk's Hotel zu den drei Bergen.

Ich empfehle mein Etablissement allen hohen Herrschaften und dem hochgeehrten reisenden Publikum, lade zu geneigter Frequenz ein, und werde mich bemühen, meinem und dem alten Rufe des Hotels Ehre einzulegen.

Breslau, den 23. August 1850. **J. M. Lauk.**

Die Niederlage der Berliner Porzellan-Manufaktur von F. Adolph Schumann,

am Ringe Nr. 57, (Naschmarkt-Seite),

ist durch eingetroffene bedeutende Transporte **weißer** und **vergoldeter Porzellane,** so wie **Lichtschirm-Platten,** sehr vollständig assortirt.

Ein weißes Tafel-Service, bestehend aus: 12 tiefen Speise-Tellern, 36 flachen dito, 12 Dessert dito, 2 mittleren runden Schüsseln, 2 großen dito, 1 mittleren ovalen dito, 1 großen dito, 4 mittleren eckigen Compotieren, 4 großen dito, 1 großen Terrine, 2 Saucieren, 1 Mostrichgefäß mit Löffel, 4 Salz- und Pfeffergefäßen, **kostet 18 Thaler.**

Ein weißes Kaffee- und Thee-Service in neuester Form, bestehend aus: 1 Kaffeekanne, 1 Theekanne, 1 Sahnegießer, 1 Zuckerdose, 1 Spülnapf und 12 Paar Tassen **kostet 3 Thlr. 10 Sgr.**

Jedes Stück wird zu demselben festen Preise im Einzelnen, wie bei Partien, von Kannen, Terrinen 2c. werden die Deckel wie die Untertheile einzeln verkauft. Das Paar weiße Tassen von 2½ Sgr. an, Speise-Teller von 2½ Sgr. das Stück an. Bemalte und vergoldete Frucht- und Kuchen-Körbe und Cabarets von 1 Thlr. per Stück an, dergleichen Blumen-Vasen von 10 Sgr. per Stück an.

Gasthofs-Empfehlung in Dresden.

Einem hochgeehrten reisenden Publikum die ergebenste Anzeige, daß ich den **Gasthof zum großen Rauchhaus,** Scheffelgasse Nr. 8, käuflich an mich gebracht, und unter der Firma:

Preußischer Hof

so fortführen werde, daß Jeder der mich beehrenden Gäste einer prompten und billigen Bedienung versichert sein darf.

Dresden, den 1. Juli 1850. **Georg Bickelmann.**

Der **Pferde-Dünger** aus den Ställen des Reitbahngebäudes in der Nikolaivorstadt ist sofort zu vergeben.

Ring, Riemerzeile Nr. 14, ist die erste Etage zu vermiethen.

Ein Gewölbe,
nahe am Ringe, mit Gaseinrichtung, ist zu vermiethen. Näheres Hintermarkt Nr. 5, im Gewölbe.

Eine völlig **restaurirte Wohnung** ist zu Michaelis d. J. zu vermiethen. Näheres Nikolai-Vorstadt, Neue Reitbahn.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.
Fürstin v. Hohenzollern-Sigmaringen. Prinzessin v. Hohenlohe-Schillingsfürst. Hofdame Freyin v. Seckendorff. Geistlicher Rath Fessler. Erb-Landmarschall Graf v. Sandretzki aus Langenbielau. Rentier Purchotzki aus Dresden. Rentier Audoriates aus Egypten. Gutsbes. Schulze aus Freiwaldau. Dr. Long und Dr. Beer aus Wien. Student Bodzdick u. Kaufm. Papstburg a. Berlin. Herr Staheler a. Basel. Gutsbes. Perlowski a. Gr.-Herz. Posen. Lieut. v. Rekowski aus Schloß Holstein. Kaufl Trost und Semler aus Hamburg.

Markt-Preise.

Breslau am 3. September 1850.

	feinste,	feine,	mitt.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	63	61	58	48	Sgr.
Gelber dito	62	60	58	52	"
Roggen . . .	45	43	41	40	"
Gerste . . .	—	30	28	24	"
Hafer . . .	—	21	18½	17	"
Erbsen . . .	—	55	53	50	"
Raps . . .	85	84	82	79	"
Sommer-Rübsen	72	71	70	66	"
Weiße Kleesaat	10½	9	8	6—7	Thlr.
Spiritus .	7 5/12 Rtl. bez. und Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Rüböl 11⅔ Rtl. Gld. Zink 1000 Ctnr. schwimmend frco hier à 4 Rtl. 13 Sgr. begeben.

2. u. 3. Septbr.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27"10,70"'	27"9,18"'	27"8,52"'
Thermometer	+ 10,0	+ 11,4	+ 14,3
Windrichtung	NW	W	NW
Luftkreis	wolkig	bedeckt	bedeckt

Börsenberichte.

Breslau, 3. Septbr. **(Amtlich.)** Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten 96 1/6 Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 Br. Polnisch Courant 96 1/12 Br. Oesterreichische Banknoten 87 11/12 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 111 1/2 Gld. Freiwillige preuß. Anleihe 107 Br. Neue Staats-Anleihe 4 1/2 % 99¾ Gl. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. 3½ % 86¼ Br. Breslauer Stadt-Obligationen 4% 99¼ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% 100¾ Gld., neue 3½ % 91 1/3 Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. 3½ % 96 Br., neue schlesische Pfandbriefe 4% 101 11/12 Br., Litt. B. 4% 101 1/12 Br., 3½ % 93 Br. Alte polnische Pfandbriefe 96 Gld., neue 96 Br. Polnische Schatz-Obligationen 81 Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. 81½ Br. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitzer-Freiburger 4% 75¼ Br., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. 109 Br., Litt. B. 105 Gld. Krakau-Oberschlesische 70¾ Gld. Niederschlesisch-Märkische 83½ Br., Priorität 5% 104½ Br. Serie III. 103½ Br. Neisse-Brieger 34 Br. Köln-Mindener 97¾ Gl., Priorität 103½ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 40¼ Gl.

Berlin, 2. September. Die Börse war fest und besonders würden Rheinische, Köln-Mindener, Steele-Vohwinkel und Kosel-Oderberger Eisenbahn-Aktien zu höheren Kursen gefragt. Eisenbahn-Aktien. Köln-Mindener 3½ % 98 à ½ bez., Prior. 4½ % 101¼ bez., dito 5% 103⅜ bez. Krakau-Oberschlesische 4% 71 bez. und Gld., Priorität 86 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4% 40 7/12 à 2/3 bez., Prior. 5% 98 Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 83 à 82⅞ bez. und Gld., Priorität 4% 94⅞ Gld, Prior. 5% 103¾ bez., Ser. III. 5% 102¾ Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 22 Br. Oberschlesische Litt. A. 3½ % 108½ bez. und Gld. Litt. B. 3½ % 105 Gld. — Geld- und Fonds-Course: Freiwillige Staats-Anleihe 5% 106⅝ bez. und Br. Staats-Schuld-Scheine 3½ % 85⅞ bez. Seehandlungs-Prämien-Scheine 112 Gld. Posener Pfandbriefe 4% 101 Gld., 3½ % 91 Gld. Preußische Bank-Antheile 98¾ à ⅝ bez. Polnische Pfandbriefe alte 4% 96 Gld., neue 4% 95¾ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 81½ Br. à 300 Fl. 136 Br.

Wien, 2. September. Die Börse in Fonds und Aktien Anfangs unter Notiz und flau, schloß wieder etwas fester. In Comptanten und Wechseln war bei erhöhtem Begehr stärkerer Umsatz, da Triester und andere Ordres eingelaufen waren.

5% Metal. 95 15/16 bis 96; 4½ % Metal. 83⅞ bis 15/16; Nordbahn 111 bis ⅓; Hamburg 2 Monat 171¾; London 3 Monat 11. 39; Silber 116⅛ bis ¼.

Redakteur: Nimbs.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.